



AUFRUHR AUF DEN STRASSEN

PROTESTE UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA



▲ Künstler*in und Foto: Carlos Alberto & Adry del Rocío, @Carlosalberto_GH & @adrydelrocio

Lateinamerika

Abya Yala

Titelfoto: Ute Löhning // Das Wandbild am Kulturzentrum Gabriela Mistral (GAM) in Santiago zeigt den 1973 ermordeten Sänger Víctor Jara. Der Vers stammt aus dem Lied *Cuando Voy al Trabajo*: "Wir arbeiten am Beginn einer Geschichte, ohne ihr Ende zu kennen."

AUFRUHR AUF DEN STRASSEN

PROTESTE UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA

EINFÜHRUNG

- 4 Eine neue soziale Mobilisierung von unten
- 7 Proteste in Lateinamerika // Eine grafische Übersicht

REVOLTE UND BEWEGUNGEN

- 8 Der lange Weg zum "neuen Chile" // Die Abkehr vom neoliberalen Gesellschaftsmodell hat begonnen, bleibt jedoch voller Hindernisse
- 11 Vom Generalstreik zu den Wahlen 2022 // Mangelnde Führung, Repression und die tauben Ohren der kolumbianischen Regierung haben dem Protest den Wind aus den Segeln genommen
- **14** "Der Putsch hört nicht auf" // Die indigene Feministin Adriana Guzmán Arroyo über die aktuelle Situation und die sozialen Bewegungen in Bolivien
- 18 Der indigene Faktor // An der Organisation CONAIE und der Partei Pachakutik führt in Ecuador kein Weg vorbei
- 22 "Die Herausforderung ist, verbunden zu bleiben" // Eine Bilanz feministischer Kämpfe aus Brasilien
- 26 "Die progressiven Kräfte hinter einem Projekt versammeln" // Interview mit dem Maya-Aktivisten Mash Mash über die derzeitigen Proteste und seinen Einsatz für einen plurinationalen Staat Guatemala
- 30 "Du hast die Kugel wir haben das Wort" // Berliner Wandbild in Gedenken an ermordete Aktivist*innen
- **Der neue Widerstand //** Eine aufkeimende Protestbewegung bricht mit der Politikverdrossenheit in El Salvador und steht vor großen Herausforderungen
- **Nicht nur Blockade //** Kubas Jugend verlangt Teilhabe und Freiräume und wendet sich gegen verkrustete Strukturen
- 38 Sie zogen sich die Maske über, als die Regierung ihre ablegte // Die aktivistische Opposition in Nicaragua ist gefangen zwischen repressiver Regierung und dem Machthunger traditioneller Eliten

WERKZEUGE DES PROTESTS

- 42 Frei wie der Albatros // Aktivisten der primera línea aus Chile und Kolumbien im Gespräch
- **Repression ohne Grenzen //** Ein Gespräch über Unterschiede und Parallelen in der Repression sozialer Proteste in Chile und Kolumbien
- 50 Aus dem Herzen der Revolte // Über die Arbeit des Radio Plaza de la Dignidad aus Chile
- **Widerstand in einer digitalisierten Welt** // Die mexikanische Professorin Marcela Suárez Estrada über lateinamerikanische Protestformen in digitalen Räumen
- **Gegen das repressive Vergessen //** Musik verbindet und erzählt die Protestbewegungen in Lateinamerika von unten
- **Hoffnung geben //** Ein Gedicht von Cidinha Oliveira

EINE NEUE SOZIALE MOBILISIERUNG VON UNTEN

Im Oktober 2019 gingen aus Santiago de Chile die Bilder des neu benannten "Platzes der Würde" um die Welt. Abend für Abend versammelten sich Tausende von Menschen, um zu protestieren. Nicht nur gegen die Fahrpreiserhöhungen, die das Fass zum Überlaufen gebracht hatten. Sondern um ein Ende der unwürdigen Lebensbedingungen zu fordern, denen eine neoliberale Verfassung und konservative oder vorgeblich progressive Regierungen sie unterwarfen. Sie zeigten Präsenz, sie zeigten unglaublichen Mut und sie sangen all die Lieder, die schon das Projekt der Hoffnung unter Salvador Allende begleitet hatten. Plötzlich, nach fast 30 Jahren neoliberaler Verfassung und ökonomischer Ausbeutung, schienen die Menschen endgültig genug zu haben von den Verhältnissen. Und so groß war der Wunsch nach Veränderung, dass sie sich durchsetzten gegen eine Regierung, die nur für ein "mehr desselben" angetreten war und versuchte, dies mit unerbittlicher Härte zu verteidigen. "El pueblo unido jamas será vencido" - der Kampfruf einer längst vergangenen Zeit hallte durch das Santiago von 2019 und erzwang die Wahl zu einem verfassunggebenden Konvent.

Nicht nur in Chile brach Ende 2019 eine Zeit der gesellschaftlichen Veränderung an: Kolumbien erlebte eine noch nie dagewesene Mobilisierung. Gewerkschaften, Studierende, Oppositionelle, feministische Bewegungen und indigene Verbände riefen zu einem Generalstreik auf, nachdem die Regierung Steuer-, Arbeits- und Rentenreformen zugunsten der Unternehmen und Superreichen angekündigt hatte. Hunderttausende nahmen am Paro Nacional teil. In Bolivien nutzte die Rechte die umstrittenen Präsidentschaftswahlen für einen Putsch, der zu heftigen Auseinandersetzungen auf der Straße und massiver Repression führte. Landesweite Proteste in Ecuador setzten eine Rücknahme der von Präsident Lenín Moreno angekündigten Streichung der Subventionen für Treibstoffe durch. Und in Argentinien trafen sich

250.000 Feminist*innen zum größten jemals organisierten nationalen Frauentreffen – Auftakt für eine Bewegung und Demonstrationen, die noch sehr viel größer werden sollten.

Es war eine aufregende Zeit der Mobilisierungen von unten, in so schneller Folge, dass kaum Zeit für eine Analyse blieb: Sollte nach dem Ende der meisten (gemäßigt) linken Regierungen und der Welle der Machtübernahmen durch Konservative eine neue Phase der Revolte und sozialen Proteste angebrochen sein?

Die Pandemie hat die Proteste gebremst, aber nie zum Erliegen gebracht

Doch dann kam Corona: Die Pandemie, die in den Ländern Lateinamerikas besonders viele Opfer forderte, bremste die Proteste auf der Straße aus, auch wenn sie nie vollständig zum Erliegen kamen. Und es gab weiterhin Erfolge. In Peru verdie pandemische Situation bestehenden politischen Widersprüche und führte im November 2020 zu den größten Protesten der vergangenen 20 Jahre. Nach der umstrittenen Absetzung des Präsidenten Martín Vízcarra protestierten vor allem junge Menschen gegen den rechten De-facto-Präsidenten Manuel Merino. Sie verkörpern eine Generation, die sich von den Diffamierungen alles politisch Linken nicht mehr einschüchtern lässt (siehe LN 559).

In Argentinien erreichte die feministische Bewegung das selbst gesteckte Ziel: Am 30. Dezember 2020 wurde endlich das gesetzliche Recht auf eine legale, freie und kostenlose Abtreibung durchgesetzt. Doch die Legalisierung der Abtreibung war zu diesem Zeitpunkt längst nur noch ein Baustein in der erfolgreich gemeinsam konstruierten feministischen Agenda. Diese hinterfragte immer stärker, was genau den "Kern dessen, was eine Frau als Bürgerin für den Staat bedeutet", ausmacht,



▲ Meilenstein der Bewegungen Das Ja zu einer neuen Verfassung schmückte 2020 die Wände von Santiago de Chile

wie es die Aktivistin Marta Dillón formulierte. #Es-Ley und die Mobilisierungsfähigkeit der argentinischen Feminist*innen wurden zum Meilenstein mit Ausstrahlungskraft in ganz Lateinamerika (siehe *LN* 560).

Chile befindet sich heute auf dem Weg zu einer neuen Verfassung – eine Kernforderung der Demonstrierenden, die sich versprachen, nicht eher zu ruhen, "bis die Würde zur Selbstverständlichkeit wird". Der im Mai 2021 gewählte Konvent hat die inhaltliche Arbeit begonnen, die wahrscheinlich mit der jahrzehntelangen neoliberalen Durchdringung der chilenischen Gesellschaft Schluss machen wird – ein Erfolg der Revolte, der soziale Bewegungen in ganz Lateinamerika und darüber hinaus inspiriert (Seite 8).

Es gibt also Anlässe genug, sich intensiver mit den sozialen Protesten der vergangenen Jahre in Lateinamerika zu beschäftigen, mit ihren Erfolgen, Niederlagen und den aufregenden, neu entwickelten Protestformen. Inwieweit diese vielschichtige Mobilisierung von unten in der Lage ist, tatsächliche gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, ist nicht entschieden. Auch die Ziele der sozialen Proteste sind und waren vielfältig: Geht es vor allem um einen Staat, der tatsächlich Daseinsfürsorge betreibt? Oder geht es heute sehr viel weniger als früher darum, die "richtige" Regierung ins Amt zu wählen, sondern selbst Mitsprache und Verantwortung zu erhalten – über die

repräsentative Demokratie hinaus, die allzu oft nicht die Interessen der Bevölkerung im Blick hat, wie die Pandora Papers ein weiteres Mal gezeigt haben?

Wir nehmen aber in diesem Dossier nicht nur die erfolgreichen Bewegungen in den Blick. In Nicaragua kam es bereits 2018 zu riesigen Demonstrationen. Die Kugeln der Polizei, die nach ersten Mobilisierungen gegen die Kürzung der Renten mit unverhältnismäßiger, brutaler Gewalt gegen friedlich Demonstrierende vorging, wurden zur Initialzündung für einen landesweiten Aufstand. Die Bevölkerung errichtete Hunderte von Straßensperren und unzählige Barrikaden im ganzen Land, die die Wirtschaftsaktivitäten empfindlich störten. Entsprechend unerbittlich schlugen die Sicherheitskräfte zurück. Die Bilanz heute: Hunderte von Toten, Verhaftungen, Gefängnis, Folter, Zehntausende im Exil. die Gegenkandidat*innen Ortegas für die Wahl im November 2021 verhaftet (Seite 38).

In Brasilien gab es vor der Präsidentschaftswahl 2018 große Demonstrationen gegen den Kandidaten Jair Bolsonaro, auch die feministischen Bewegungen mobilisierten sehr erfolgreich mit #EleNão. Seit dem Beginn der Pandemie wurde der Protest jedoch fast ausschließlich online organisiert – eine große Herausforderung für die verschiedenen Feminist*innen, die gerade erst zu einer neuen Vernetzung gefunden hatten. Inzwi-

schen sind die Proteste auf die Straße zurückgekehrt, doch erreichen sie nicht annähernd die kritische Masse, die notwendig wäre, um den rechtsradikalen Präsidenten aus dem Amt zu treiben. Zwei feministische Aktivistinnen ziehen auf Seite 22 eine Bilanz der Bewegung.

Auffällig ist bei allen Protesten die Mobilisierungsfähigkeit der Akteur*innen. Neben den feministischen sind es vor allem die indigenen Bewegungen, die Widerstand gegen alle Formen der Ausbeutung formulieren und eine angemessener Teilhabe aller Gemeinschaften in plurinationalen Staaten fordern. Nach dem Putsch in Bolivien war es vor allem die indigene Bevölkerung, die unter dem Banner der Wiphala die DeFacto-Regierung dazu zwang, die Wahlen im Oktober 2020 durchzuführen und nicht weiter zu verzögern. Trotz aller politischen Defizite der MAS als Partei zeigt dies die Stärke und das Selbstbewusstsein der indigenen Bewegungen (Seite 14).

Die Proteste beziehen sich auf- und lernen voneinander

Auch in Ecuador wurden die sozialen Proteste von der CONAIE angeführt, dem Dachverband der indigenen Bevölkerung, dessen Bedeutung seit dem Ende der Präsidentschaft von Rafael Correa wieder gewachsen ist (Seite 18). In Kolumbien ergriff der Widerstand in der Stadt auch das Land: Afrokolumbianische, indigene und kleinbäuerliche Bewegungen organisierten den Minga-Protestzug. Obwohl die Aufstandsbekämpfungseinheit der kolumbianischen Polizei (ESMAD) den monatelangen Protest mit blutiger Repression unterdrückte, flammte er im Jahr 2021 trotz der Pandemie erneut auf (Seite 11).

Der zunehmende indigene Widerstand ist angesichts der 500-jährigen Geschichte von Ausbeutung und systematischer Unterdrückung umso eindrucksvoller. Besondersn in Guatemala zeigt sich, dass traumatische Ereignisse, wie ein Putsch oder Genozid, zu einer anhaltenden Zersplitterung der indigenen Bewegungen führen, die die Organisations- und Widerstandsprozesse verlangsamen (Seite 26).

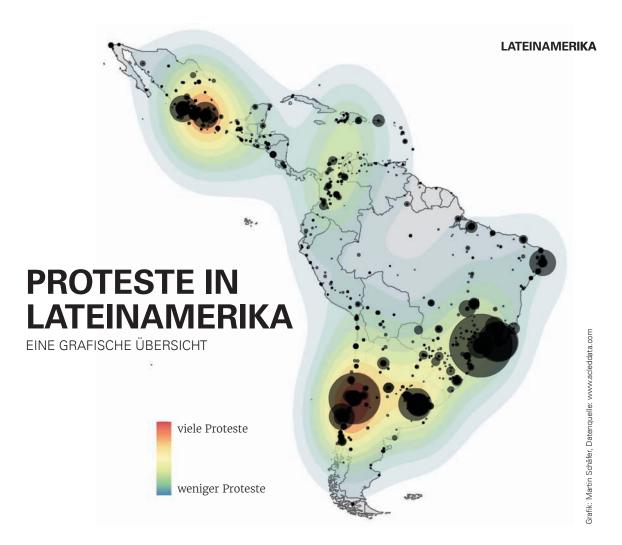
Aber nicht nur die wachsende Bedeutung von feministischen und indigenen Bewegungen haben die aktuellen sozialen Proteste gemeinsam, sie beziehen sich auch aufeinander, lernen voneinander, übernehmen erfolgreiche Protestformen aus anderen Ländern. Die Vernetzung und die Protestformen werden dabei immer digitaler, nicht nur wegen der Pandemie. Selbst neueste Technologien, wie der Einsatz von Drohnen am Rand der Proteste in Mexiko, erhalten Einzug in die Protestkultur (Seite 53). Gleichzeitig gibt es immer mehr künstlerische Protestaktionen und Live-Musik während der Demonstrationen (Seite 56). Die feministische Performance der chilenischen Gruppe Las Tesis ging um die Welt.

Dasselbe gilt aber auch für die verschiedenen Formen der Repression, denen der "Aufruhr auf der Straße" ausgesetzt ist. So ist es kein Zufall, dass sowohl in Chile wie auch in Kolumbien eine große Anzahl von Demonstrierenden Augenverletzungen erlitten, dahinter stecken die gleichen Polizeitaktiken. Die Protestierenden wehren sich mit neuen Formen des Widerstands wie der *primera línea*, der "ersten Reihe", die sich schützend zwischen Polizei und Demonstration stellt. Mehr dazu in zwei Beiträgen zu Repression und Protestformen in Chile und Kolumbien (Seite 42 und 46).

Am Ende dieses Dossiers haben wir mehr Fragen als Antworten gewonnen. Ein Ende des "Aufruhrs auf der Straße" scheint nicht in Sicht. El Salvador, das sich seit Präsident Bukeles Amtsantritt ebenfalls in Richtung Diktatur bewegt, erlebte im September 2021 die größten Proteste seit Jahrzehnten, als sich verschiedenste gesellschaftliche Gruppen gegen die Demontage der Demokratie und die Einführung des Bitcoins als Zahlungsmittel zur Wehr setzten (Seite 32).

Der Erfolg der sozialen Mobilisierung von unten ist ungewiss. In vielen Ländern scheint der Ausgang der gesellschaftlichen Auseinandersetzung offen, selbst in Chile, wo die Revolte bisher die weitreichendsten Erfolge errungen hat. "Laborando el comienzo de una historia sin saber el fin" – "Den Anfang der Geschichte erarbeiten, ohne den Ausgang zu kennen" – heißt es dazu treffend auf dem Wandbild des Titelbildes dieses Dossiers. Oder, wie es Marielle Franco, die Ikone der brasilianischen Frauenbewegung ausdrückte: "Wir müssen so handeln, als sei die Revolution möglich."

// Die Redaktion



Die thematische Karte veranschaulicht rund 3.000 Proteste in Lateinamerika zwischen Anfang 2018 und Ende Oktober 2021, an denen jeweils mindestens 500 Menschen teilgenommen haben.

Jeder schwarze Kreis steht für ein Protestereignis. Die Größe der Kreise stehen im Verhältnis zur Anzahl der Teilnehmenden, die oft grob geschätzt wurde. Die farbigen Konturen stehen für die Häufigkeit der Proteste und Demonstrationen, je dunkler die Farbe, desto höher ist deren Anzahl in einer bestimmten Region.

Auffällig ist, dass die meisten größeren Proteste in Brasilien, Chile, Argentinien, Mexiko sowie Kolumbien stattfanden. Zu den größten Ereignissen zählen LGBTIQ*-Paraden in São Paulo im Juni 2019 mit 3 Millionen sowie in Rio de Janeiro im Juli 2018 mit ca 1,2 Millionen Teilnehmer*innen. In Santiago de Chile kam es mit Demonstrationen zum 8. März 2020 mit etwa 2 Millionen Teilneh-

mer*innen sowie im Oktober 2019 zu Beginn der Revolte mit über eine Million Teilnehmer*innen ebenfalls zu sehr großen Ereignissen. Weitere sechs Großdemonstrationen mit mindestens 500.000 Teilnehmer*innen fanden in Brasilien, Argentinien und Mexiko statt.

Die der Karte zugrundeliegenden Daten wurden vom Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) aus den Medien erhoben, sie sind unter www.acleddata.com einsehbar. Für viele Ereignisse ist in der Datenbank keine Teilnehmer*innenzahl erfasst. Für Länder mit autoritären Regimen und eingeschränkter Pressefreiheit (z.B. Nicaragua oder Bolivien während des Putsches) ist davon auszugehen, dass zu wenige Ereignisse dokumentiert sind bzw. die angegebene Zahl der Teilnehmer*innen niedriger ist als die tatsächliche.

// Martin Schäfer

DER LANGE WEG ZUM "NEUEN CHILE"

DIE ABKEHR VOM NEOLIBERALEN GESELLSCHAFTSMODELL HAT BEGONNEN, BLEIBT JEDOCH VOLLER HINDERNISSE

In Chile hat eine Protestbewegung erreicht, dass eine demokratisch gewählte Versammlung eine neue Verfassung ausarbeitet. Soziale Bewegungen führen den verfassungsgebenden Prozess an.

Im Oktober 2019 sprangen in Chiles Hauptstadt Santiago Schüler*innen über die Drehkreuze in den U-Bahn-Stationen und lösten damit eine soziale Revolte aus. "Der Neoliberalismus wurde in Chile geboren und wird in Chile sterben" ist eine der Parolen, die von den Protesten in Erinnerung geblieben ist. Die Massenproteste 2019 und 2020 hatten sich an einer Erhöhung der Fahrpreise der U-Bahn entzündet und sich zu einem landesweiten Aufstand entwickelt.

Es ist den monatelangen Protesten zu verdanken, dass eine demokratisch gewählte Versammlung zwei Jahre später eine neue Verfassung ausarbeitet. Das aktuell in Chile gültige Grundgesetz stammt noch aus der Pinochet-Diktatur und in ihm ist das neoliberale Modell verankert, das die soziale Rolle des Staats auf ein Minimum reduziert und die Logik des freien Markts auf alle Lebensbereiche ausgeweitet hat. Die Freiheit der Unternehmen hat einen höheren Stellenwert in der Verfassung als die Grundrechte der Bürger*innen. Zu den 155 Mitgliedern des Verfassungskonvents gehören Vertreter*innen der Protestbewegung, der sozialen Organisationen, der feministischen und der Umweltbewegung sowie indigener Gemeinschaften. Sie sind es, die sich für soziale Grundrechte, für den Schutz der Natur, für die Anerkennung der Rechte der Indigenen und für ein anderes Wirtschaftsmodell einsetzen. Zugleich ist es die erste verfassunggebende Versammlung der Welt, die sich zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen zusammensetzt. 17 Sitze werden zudem von Mitgliedern der zehn indigenen Gemeinschaften Chiles besetzt.

"Heute wird ein neues Chile gegründet", sagte Elisa Loncón, nachdem sie am 4. Juli 2021 zur Präsidentin des Verfassungskonvents gewählt wurde. Sie ist die erste Mapuche, die ein hohes politisches Amt in Chile besetzt. Die Mapuche kämpfen seit vielen Jahren für ihre Unabhängigkeit vom chilenischen Staat und die Rückgabe ihrer angestammten Territorien, die heute mit Monokulturen der Forstindustrie bepflanzt sind. "Ein plurinationales, mehrsprachiges Chile mit allen Kulturen, allen Gemeinschaften, den Frauen und den Territorien – das ist unser Traum für eine neue Verfassung", so Loncón.

Insgesamt werden sieben der 17 Sitze für Indigene von Mapuche besetzt, unter anderem von der Machi (spirituelle Autorität der Mapuche, Anm. d. Red.) Francisca Linconao und von der Menschenrechtsaktivistin und Anwältin Natividad Llanguileo. Sie setzen sich dafür ein, dass die Plurinationalität in der Verfassung verankert wird. Diese dürfe aber "nicht nur auf kulturelle Rechte beschränkt sein, so wie es die kapitalistische Ordnungspolitik will", so Llanquileo in einer Rede im Verfassungskonvent. Die neue Verfassung müsse garantieren, dass die Forstunternehmen aus dem Gebiet der Mapuche verbannt werden und die Territorien zurückgegeben werden. "Wir stehen vor einer enormen Herausforderung und vor einer historischen Chance, die Lebensqualität der ausgebeuteten und unterdrückten Völker zu verbessern."

Trotzdem ist die Skepsis unter den Mapuche groß. "Wie soll man vertrauen, wenn unsere Gemeinden militarisiert sind?", sagte Llanquileo im Verfassungskonvent. Gegen Mapuche-Aktivist*innen wird immer wieder das Anti-Terror-Gesetz eingesetzt, um sie ohne konkrete Beweise in Untersuchungshaft zu halten. Anfang Oktober verhängte Präsident Piñera den Ausnahmezustand in den Regionen Araucanía und Bío-Bío. Damit wird die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit eingeschränkt sowie der Einsatz des Militärs zur "Einhaltung der öffentlichen Ordnung" erlaubt.

Die Straffreiheit, die die Carabineros, die militarisierte Polizei Chiles, und das Militär trotz der



▲ Freiheit für die politischen Gefangenen Viele Parolen füllen die Wände des Kulturzentrums Gabriela Mistral (GAM) in Santiago

schweren Menschenrechtsverletzungen gegen Demonstrant*innen genießen, verstärkt das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber den politischen Institutionen. Dies trübt teilweise auch die Hoffnungen in den Verfassungskonvent. Manche befürchten, dass die neue Verfassung anstatt einer Transformation eine "zweite transición" werden könnte. Als transición wird in Chile die Rückkehr zur Demokratie nach der Pinochet-Diktatur bezeichnet, die Militärs Straffreiheit zusicherte und eine vollständige Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzung verhinderte. Auch das neoliberale Wirtschaftsmodell blieb bestehen.

Gleichzeitig kritisieren Demonstrant*innen und Aktivist*innen den "Vertrag für den Frieden und die neue Verfassung", den eine Gruppe von elf Parlamentsabgeordneten im Morgengrauen des 15. November 2019 unterschrieb, während überall im Land Barrikaden brannten. Darin legten sie fest, dass die chilenische Bevölkerung in einem Referendum darüber abstimmen sollte, ob sie eine neue Verfassung wolle und welches Organ diese ausarbeiten solle. Der Vertrag legte aber keine Maßnahmen fest, um die gravierenden Menschenrechtsverletzungen rechtlich zu verfolgen oder die politischen Gefangenen zu befreien. Jedoch sicherte der Vertrag den Fortbestand der Regierung von Sebastián Piñera und nahm der Forderung nach seiner Absetzung den Wind aus den Segeln.

Trotzdem stimmten beim Referendum vom 25. Oktober 2020 knapp 80 Prozent nicht nur für eine neue Verfassung, sondern auch für eine Versammlung, die sich zu 100 Prozent aus extra zu diesem Zweck gewählten Bürger*innen zusammensetzt. Mehr als die Hälfte der 155 Mitglieder des im Mai 2021 gewählten Verfassungskonvents gehören keiner politischen Partei an. Chile erlebt generell eine tiefe Vertrauenskrise der politischen Institutionen und der repräsentativen Demokratie. Umfragen zufolge vertrauen nur zwei Prozent den politischen Parteien und zwischen acht und neun Prozent dem Parlament und der Regierung. Bei den Protesten 2019 und 2020 hatten die Menschen unter anderem würdevolle Renten, ein ge-Bildungssystem, ein umfassendes öffentliches Gesundheitssystem und höhere Löhne gefordert. Konkret hat sich an ihren Lebensbedingungen seitdem nichts zum Positiven verändert. Eher im Gegenteil hat sich die soziale Ungleichheit und die Armut während der Pandemie vergrößert. Umfragen zufolge verfügen derzeit mehr als ein Drittel der Menschen nicht über genügend Einnahmen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Im März 2019 riefen feministische Organisationen im ganzen Land erstmals zum feministischen Streik "gegen die Prekarisierung des Lebens" auf. Am Weltfrauentag 2020 gingen beim letzten Massenprotest vor dem ersten Corona-Lockdown Millionen Menschen auf die Straßen. Die feministische Bewegung ist eine der treibenden Kräfte der Revolte und des verfassungsgebenden Prozesses. "Unser Programm steht in einer Linie mit der Revolte: Den Neoliberalismus in Chile beenden und einen solidarischen, plurinationalen Staat aufbauen, der Rechte garantiert", sagt die feministische Abgeordnete im Verfassungskonvent Alondra Carrillo. Die 29jährige Psychologin ist Mitglied der feministischen Organisation Coordinadora Feminista 8M, die sich dafür einsetzt, dass das Recht auf Abtreibung, auf ein Leben ohne Gewalt und die Anerkennung von Sorgearbeit in der Verfassung garantiert wird.

Seit dem 18. Oktober 2021 tagen in der verfassunggebenden Versammlung sechs thematische Kommissionen. Carrillo befindet sich in der Kommission "Politisches System, Regierung, legislative Gewalt und Wahlsystem". Diese wird unter anderem diskutieren, ob Chile sein präsidentielles Regierungssystem beibehalten oder ein parlamentarisches System einführen wird und ob Chile sich als plurinationaler Staat konstituiert und damit die indigenen Gemeinschaften anerkennt

Die Kommission, in der die Grundlagen des Wirtschaftsmodells diskutiert werden, trägt den Namen "Umwelt, Rechte der Natur, Gemeingüter und Wirtschaftsmodell". Die Ökofeministin und Anwältin Camila Zárate leitet die Kommission. Sie ist Mitglied der "Bewegung für das Wasser und die Territorien", die seit Jahren gegen die Wasserprivatisierung in Chile kämpft. "Wir wollen das extraktivistische Wirtschaftsmodell überwinden, das die Meere verschmutzt, Territorien ohne Flüsse und Wälder hinterlassen hat sowie Klimamigration erzeugt, Biodiversität und die Gletscher zerstört und menschliche sowie nicht-menschliche Körper ausgebeutet hat", sagte Zárate in einer Rede im Verfassungskonvent im Oktober. Für diese Zerstörung seien die Agrarindustrie, die Forstunternehmen, die industrielle Fischerei, der Bergbau und die Immobilienfirmen verantwortlich, gefördert durch Freihandelsabkommen und die Korruption der Eliten.

Chile ist stark vom Klimawandel betroffen und erlebt gerade eine der schwersten Dürren seiner Geschichte. Verschärft wird die Krise durch die

Adiós, Verfassung von 1980! ► Ein neuer Text ist in Arbeit

Wasserprivatisierung, die dazu geführt hat, dass die
auf Export ausgerichteten Agrar- und
Bergbauunternehmen im Besitz des
Großteils der Wassernutzungsrechte
sind. Zárate und
mehr als 30 weitere



Mitglieder des Verfassungskonvents, die sozialen und Umweltbewegungen angehören, haben die Gruppe "Ecoconstituyentes" gegründet, um sich für eine Verfassung mit ökologischer Gerechtigkeit einzusetzen. Sie wollen die Natur zum Rechtssubjekt erklären, das lokale Saatgut und die Nahrungsmittelsouveränität beschützen. "Der Kampf wird lang sein, aber wir erzeugen die institutionellen Grundlagen, um unsere Forderungen zu erreichen", so Zárate. "Wir haben ein Mandat: Die Basis zu erschaffen, um das Modell zu verändern. Zurückzugeben, was uns genommen wurde."

Am 21. November sind außerdem Präsidentschaftsund Parlamentswahlen in Chile. Den Umfragen zufolge könnte Gabriel Boric, ehemaliger Studierendenführer und Kandidat der linken Koalition Frente Amplio, Chiles nächster Präsident werden. Prognosen sehen ihn derzeit gleichauf mit dem rechtsextremen Vorsitzenden der Republikanischen Partei José Antonio Kast, dem aber in einer wahrscheinlichen Stichwahl am 19. Dezember geringere Chancen eingeräumt werden.

Der 35-Jährige Boric verkörpert zwar durchaus einen politischen Kurswechsel gegenüber dem rechtskonservativen Piñera. Seine Wahl würde den verfassunggebenden Prozess begünstigen. Doch ist Boric kein Präsidentschaftskandidat, der die tiefe Vertrauenskrise der politischen Parteien und Institutionen überwinden kann. Vielen Linken ist er zu gemäßigt, vielen Rechten zu radikal.

Zugleich ist sicher: Chile befindet sich inmitten eines politischen und gesellschaftlichen Paradigmenwechsels. Und dieser wird sich nicht von der Präsidentschaftswahl aufhalten lassen – ganz gleich, wie diese am Ende ausgeht.

// Sophia Boddenberg

VOM GENERALSTREIK ZU DEN WAHLEN 2022

MANGELNDE FÜHRUNG, REPRESSION UND DIE TAUBEN OHREN DER REGIERUNG HABEN DEM PROTEST DEN WIND AUS DEN SEGELN GENOMMEN

Der November bricht an und es ist unmöglich, durch Bogotá zu laufen, ohne die Spuren des Aufruhrs der vergangenen Monate zu bemerken. An vielen Ecken der Stadt sind Slogans gegen Präsident Iván Duque und Ex-Präsident Álvaro Uribe zu sehen. Graffiti an den Wänden erinnern an Dilan Cruz, Christian Villa und die vielen anderen jungen Demonstrant*innen, die von der Polizei während des nationalen Streiks getötet wurden. Doch die Proteste sind weniger geworden.

Der Streik in Kolumbien wurde Opfer seines eigenen Erfolgs, denn niemand hatte erwartet, dass er so weitreichend und lang anhaltend sein würde. Große Demonstrationen über einen Zeitraum von drei Monaten führten zu zahlreichen Veränderungen in der politischen Landschaft. Vier Minister wurden abgesetzt, Kolumbien verlor die Gastgeberschaft der Copa América, die Regierung musste zwei wichtige Reformen zurücknehmen und sich vor der internationalen Gemeinschaft für die Menschenrechtsverletzungen verantworten. Man kündigte eine Polizeireform an, deren größte Errungenschaft darin bestand, die Farbe der Uniformen von grün auf blau zu ändern. Die vielleicht einzige greifbare und dauerhafte Errungenschaft ist eine kostenlose öffentliche Universitätsausbildung für Menschen mit niedrigem Einkommen. Unter den Menschen jedoch herrscht das Gefühl, der Streik habe zu lange gedauert. Die Straßenblockaden hielten über Wochen an. Ohne klare Führungspersönlichkeiten gerieten Frustration außer Kontrolle, und schließlich verlor der Streik die breite Unterstützung in der Bevölkerung, die er zuvor genossen hatte.

Die Spitze des Streikkomitees, die sich zunächst aus Gewerkschaftsvertreter*innen und Studieren-

den zusammengesetzt hatte, erweckte den Anschein, ein autonomer politischer Akteur zu werden, der die Wahlen im Jahr 2022 beeinflussen könnte. Doch diese Illusion verblasste zusehend. Schließlich wurde die Streikbewegung so groß, dass sie keine Anführer*innen mehr anerkannte. Jede Gruppe beharrte auf ihren eigenen Forderungen: Die formalen, gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer*innen wollten ihren Status nicht verlieren; die Verzweifelten, die große Mehrheit, wollte in die Bewegung integriert werden. Diese zerfiel und die internen Spaltungen und Vorwürfe nahmen zu. Das Streikkomitee legte seine eigenen Forderungen vor, ohne die der großen Mehrheit zu berücksichtigen. Die marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen hatten keine sichtbaren Anführer*innen. Während die soziale Revolte in Chile neue Führungspersönlichkeiten hervorbrachte, die ihre Listen in den Verfassungskonvent einbrachten (siehe Artikel auf Seite 8). müssen die Protestierenden in Kolumbien auf bereits bestehende Koalitionen setzen, die sich der Regierung Duque entgegenstellen: Das Bündnis Pacto Histórico der Linken und die Coalición de la Esperanza der Mitte.

Für einige besteht kein Zweifel, dass die Zeit des Uribismus vorbei ist

Eine der Hauptforderungen der Streikenden waren Maßnahmen von Seiten Duques gegen die politische Gewalt in Kolumbien, die derzeit größte Bedrohung für soziale Bewegungen. Die Regierung Duque und ihre drei Verteidigungsminister verharmlosen die Verfolgung von Aktivist*innen und bestreiten, dass Morde politisch motiviert seien. Dabei stigmatisieren sie die Opfer und die Umstände ihres Todes. Nach Angaben des Instituts

KOLUMBIEN

Indepaz wurden seit dem 28. April mehr als 80 führende Persönlichkeiten aus zivilgesellschaftlichen, bäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Gruppen sowie aus Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen ermordet - zusätzlich zu den mehr als 1.200 Aktivist*innen, die seit 2016 ermordet wurden. Eine regelrechte Vernichtung der Demokratie und sozialen Bewegungen. Die politische Verfolgung trägt sich inzwischen sogar in kolumbianischen Organisationen in Europa zu. Vor einigen Tagen erhielt Karmen Ramírez Boscán, Vertreterin der Wayú-Indigenen und Mitglied der Partei Colombia Humana, zusammen mit anderen Aktivist*innen Morddrohungen aus der Schweiz. Es gibt außerdem Gerüchte, dass der jüngste Mord an dem in Genf lebenden Geflüchteten und Aktivisten Alfredo Camelo Franco mit den kolumbianischen Paramilitärs in Europa in Verbindung steht.

Die unabhängige Presse, die von der Unterdrückung des nationalen Streiks berichtete, ist ebenfalls Zielscheibe politischer Gewalt geworden. Der Journalist Alberto Tejada von Canal 2, der während der Proteste über die illegale Inhaftierung hunderter junger Menschen in geheimen Polizeigewahrsamzentren in Cali berichtete, erhielt Morddrohungen, mutmaßlich finanziell unterstützt von wohlhabenden Menschen aus Cali, wie mehrere Medien berichteten. Aus diesem Grund beantragte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) vorsorgliche Maßnahmen zu seinem Schutz und dem seines Kameramanns. Auch der junge Journalist Christian Guzmán vom digitalen Medium La Direkta musste aus dem Land fliehen, nachdem er erfahren hatte, dass ein Mordanschlag auf ihn geplant war. Am 23. August wurde der Studierendenanführer und unabhängige Journalist Esteban Mosquera ermordet, der vor drei Jahren bereits ein Auge verloren hatte, als die Polizei ihn anschoss. Der Killer, der ihn von einem Motorrad aus erschoss, gestand, dass er dafür bezahlt worden war, den Journalisten zu töten, weil er "eine gefährliche Person für die Gesellschaft" sei.

Die Aktivist*innen werden auch gerichtlich verfolgt, insbesondere die der sogenannten *primera línea* (siehe Interview auf Seite 42). Während der heftigen Proteste rüsteten sich diese jungen Leute mit selbstgebauten Schilden und Tränengasmasken aus, mit denen sie sich gegen die



▲ Der Staat tötet

Wandbild zur Erinnerung an die Getöten des Generalstreiks 2020 am Tempelhofer Feld in Berlin

Brutalität der Polizei wehrten. Heute sind schätzungsweise 165 von ihnen unter anderem wegen Vandalismus und Terrorismus verhaftet worden. Ein weiterer Grund für die Unzufriedenheit mit Duque ist die Kooptation der Justiz durch die Ernennung seines persönlichen Freunds Francisco Barbosa zum Generalstaatsanwalt. Barbosa ist für seine Unfähigkeit bekannt, Ermittlungen voranzutreiben, die Duque mit dem Drogenhändler José Guillermo (El Ñeñe) Hernández in Verbindung bringen, der angeblich seine Präsidentschaftskampagne 2018 finanzierte. Überraschenderweise war Barbosa sehr effizient bei der Einleitung harmloser und medienwirksamer Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Duques Hauptgegner*innen wie die Bürgermeisterin von Bogotá, Claudia López, und den linken Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro.

Trotz allem gehen die Mobilisierungen weiter. Obwohl weniger Menschen auf die Straße gehen, sind die Vorwürfe nach wie vor schwer. Für den

20. Oktober rief das Streikkomitee zu einer Demonstration auf, bei der sie die Erneuerung des Gesundheitssystems und eine bessere Bezahlung von Ärzt*innen forderten. Ein Sprecher des Ausschusses verwies insbesondere auf einen Fall, in dem die Beschäftigten eines Rehazentrums über 33 Monate kein Gehalt bezogen.

Wenn die Regierung jedoch zu Beginn des Streiks keine wirkliche Verhandlungsbereitschaft gezeigt hat, besteht wenig Hoffnung, dass die Demonstrationen zu diesem Zeitpunkt etwas bewirken werden. Die gescheiterten Gespräche zwischen den sozialen Bewegungen und der Regierung von Iván Duque dauerten drei Wochen. Das allein genügte den Demonstrierenden, um zu erkennen, dass die Regierung absichtlich Zeit schindete, und sich vom Verhandlungstisch zurückzog. Man wollte warten, bis sich die Demontrationen auflösten. Duque ist inzwischen der unbeliebteste Präsident in der Geschichte Kolumbiens, rund 70 Prozent lehnen ihn ab. Das Gleiche gilt für Álvaro Uribe, ehemaliger Präsident und Parteivorsitzender des rechtskonservativen Centro Democrático (CD), dem auch Duque angehört. Angesichts der bevorstehenden Wahlen im Jahr 2022 führt ein solch negatives Image auch in der eigenen Partei zu einer heftigen Ablehnung des Präsidenten. Die Regierung ist so unpopulär, dass sich viele Abgeordnete angesichts der näher kommenden Wahlen um jeden Preis von Duque distanzieren wollen. Für einige besteht daher kein Zweifel, dass die Zeit des Uribismus vorbei ist.

Die Voraussetzungen für einen Machtwechsel sind gegeben

Doch der Weg für eine politische Alternative ist noch nicht frei, was vor allem an einem Aspekt liegt: Der bekannte Politikwissenschaftler Ariel Ávila, der jetzt für den Senat kandidiert, hat eindringlich vor möglichem Wahlbetrug im Jahr 2022 gewarnt. Seine Besorgnis dreht sich um die Registraduría – jene Behörde, die für die Organisation der Wahlen zuständig ist.

Unter anderem kritisiert er den Fluss von Bestechungsgeldern zur Veränderung der Stimmauszählung. Ein weiterer Grund zur Besorgnis sei, dass der Leiter der Behörde, Alexander Vega, eine Überprüfung der sieben Softwarepakete vom Privatunternehmen Thomas Greg and Sons, die zur

Auszählung der Stimmen verwendet werden, verhindert hat. Das Unternehmen hatte bereits die Software für jede Wahl in Kolumbien seit 2009 geliefert und erfüllt somit als einzige eine umstrittene Anforderung: bereits in früheren Wahlen eingesetzt worden zu sein. Mit anderen Worten: Der Auftrag ist auf das Unternehmen zugeschnitten. Angesichts dessen haben Kandidat*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen die Entsendung von internationalen Wahlbeobachtungsmissionen gefordert, um gewisse Garantien zu gewährleisten. Einige führende Politiker*innen bestehen darauf, dass die Aufgabe der Bürger*innen in nächster Zeit darin bestehen solle, die Wahlen zu überwachen und die Transparenz des Prozesses zu kontrollieren. Die Besorgnis über die Transparenz des demokratischen Kampfes wächst. Generell scheinen die Auseinandersetzungen zwischen der derzeitigen Regierung und den sozialen Bewegungen unversöhnlich zu sein.

Die Voraussetzungen für einen Machtwechsel sind gegeben: weit verbreitete Unzufriedenheit, eine unnachsichtige und isolierte Regierung, eine schwerwiegende Menschenrechtslage und zwei Oppositionskoalitionen, die immer stärker werden. Die tatsächlichen Folgen des nationalen Streiks werden jedoch erst bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2022 sichtbar werden. Angesichts des Misstrauens gegenüber dem von Vega geleiteten Wahlregister scheint es, dass nur die sozialen Bewegungen und die alternativen politischen Sektoren die Transparenz des demokratischen Wettbewerbs garantieren können. Ebenso hängt die neue Zusammensetzung des Kongresses und der Regierung im Jahr 2022 davon ab, ob und wie die sozialen Bewegungen einen Ausweg aus der politischen Verfolgung und ein offenes Ohr für ihre Forderungen finden.

// Anderson Sandoval
// Übersetzung: Meret Haack

"DER PUTSCH HÖRT NICHT AUF"

DIE INDIGENE FEMINISTIN ADRIANA GUZMÁN ARROYO ÜBER DIE AKTUELLE SITUATION UND DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN IN BOLIVIEN

Nach der Rückkehr des indigen geprägten Movimiento al Socialismo (MAS) an die Macht sind die Folgen des Putsches von 2019 noch immer zu spüren. Adriana Guzmán Arroyo spricht im Gespräch mit den *LN* über den anhaltenden Rassismus, die Zersplitterung der sozialen Bewegungen, die Straflosigkeit und die mangelnde politische Führung durch die neue Regierung.

Sie und viele Akteur*innen aus den sozialen Bewegungen hatten befürchtet, dass die Wahlen 2020 eine Falle der damaligen De-facto-Regierung unter Jeanine Añez seien (siehe *LN* 547). Wie bewerten Sie den Sieg der MAS heute?

Die De-facto-Präsidentin Añez konnte abgesetzt werden, aber das Ergebnis der Wahlen ist kein Sieg der MAS, sondern der sozialen Bewegungen. Diese haben dafür gesorgt, dass die Wahlen im Oktober 2020 stattfinden konnten. Viele Menschen haben gegen den Faschismus, aber nicht für die MAS gestimmt. Leider hat die MAS nicht die richtigen Schlüsse aus dem Wahlergebnis gezogen. Sie ist wenig selbstkritisch davon ausgegangen, dass die erzielten 55 Prozent der Stimmen für sie selbst und für ihren Kandidaten Luis Arce abgegeben wurden. Das ist kaum zu glauben, denn Arce vertritt nicht die Interessen der indigenen Bevölkerung, die diesen Prozess angestoßen hat. Er hat als Wirtschaftsminister viele Jahre eine kapitalistische Politik verfolgt. Arce ist mitverantwortlich dafür, dass sich an der Wirtschaftsstruktur nichts geändert hat und die Vereinbarungen mit den Banken und den transnationalen Unternehmen nicht revidiert wurden.

Wie bewerten Sie die Arbeit der neuen MAS-Regierung seit den Wahlen?

Seit den Wahlen 2020 hat die MAS-Regierung weder neue noch alte politische Ziele verfolgt, außer im Bereich der Gesundheit. Hier wurde erreicht, dass Corona-Impfstoffe und -Tests bereitgestellt wurden. Es gibt jedoch keine politischen Maßnahmen, um Bildung voranzutreiben oder um die Wirtschaft wieder zu beleben. Zum Zwecke der Wiederbelebung hat die Regierung den Bergbauunternehmen Steuern erlassen - stattdessen hätte sie die Steuern für die Bevölkerung senken sollen.

Bei diesem Putsch sind die faschistische Rechte und die wirtschaftliche und politische Oligarchie zum Vorschein gekommen. Leider haben die Wahlen und die neue MAS-Regierung es nicht geschafft, die Auswirkungen des Putsches wirklich zu beenden. Es mangelt der Regierung an politischem Profil und Führungskraft. Die Minister kommen nicht aus den sozialen Bewegungen und verfügen nicht einmal über fachliche Expertise. Sie sind nicht in der Lage, mit den Angriffen der Rechten und der Oligarchie umzugehen.

Die Politik wird von den wirtschaftlichen Eliten und den transnationalen Konzernen gesteuert. Deshalb bin ich der Meinung, dass dieses Thema auf der Straße und in den indigenen Territorien entschieden werden muss.

Wurde für die während der De-facto-Regierung begangenen Verbrechen Gerechtigkeit erreicht?

Für die Ereignisse von 2019, wie etwa die Massaker, sind bisher keine Verfahren eingeleitet worden. Die Verantwortlichen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Es herrscht große Straflosigkeit, insbesondere bei Gewalt gegen Frauen und für Feminizide, die mit dem Putsch angestiegen sind. Seit Beginn der Pandemie ist das gesamte Justizsystem geschlossen. Die Orte zum Feiern und Alkohol trinken sind wieder geöffnet, aber die Gerichte nicht.



ADRIANA GUZMÁN ARROYO

ist Aymara, lesbisch und Feministin. Sie gehört der Organisation Feminismo Comunitario Antipatriarcal (Gemeinschaftlicher Antipatriarchaler Feminismus) an. Die Organisation verortet sich in den Protestbewegungen der Straße und kämpft gegen geschlechterbasierte Gewalt und für die Verteidigung indigener Territorien.

Es gibt Verletzte, die noch behandelt werden müssen, die bleibende Gesundheitsschäden davongetragen haben. Für uns als Organisation und für mich als Feministin ist der Kampf für Gerechtigkeit sehr wichtig. Es kann keinen Frieden und keine politische Stabilität geben, wenn es keine Gerechtigkeit und keine anerkannte historische Wahrheit gibt, denn das zieht eine ständige Unzufriedenheit innerhalb der sozialen Organisationen nach sich. Wir wollen, dass die geistigen Urheber, die Anstifter und die Täter bestraft werden und es umfangreiche Wiedergutmachungsmaßnahmen für die Opfer gibt. Für mich ist es sehr frustrierend, dass gegen Jeanine Añez noch kein Verfahren eingeleitet wurde, obwohl sie schon seit neun Monaten in Haft ist. Die Menschen wollen Gerechtigkeit, aber es gibt sie nicht.

Wie ist das Leben in Bolivien heute unter der neuen MAS-Regierung?

Jetzt gibt es zwar keine Massaker mehr, aber eine ständige Bedrängung und Einschüchterung der indigenen Bevölkerung. Es gibt einen ständigen Rassismus auf den Straßen, in den Institutionen, in der Politik, im Bildungswesen und in den Medien. Das fördert eine Kultur des Hasses, in der die Äußerungen von Amtsträgern oder wem auch immer nach ihrer Hautfarbe beurteilt werden und nicht nach ihrem Inhalt.

Ich glaube also, dass sich der Rassismus verschärft. Nicht in Form von Massakern oder Re-

pression, denn er geht nicht vom Staat selbst aus. Aber die Angreifer können Faschisten von der Union Iuvenil Cruceñista (einer rechtsextremen Gruppe, Anm. d. Red.) sein oder dein Nachbar, der dich auf der Straße anspuckt oder als Dieb bezeichnet. Das habe ich auch persönlich erlebt. Vor kurzem riefen Luis Fernando Camacho, das Bürgerkomitee von Santa Cruz, die Plattform 21F und alle Gremien, die am Putsch beteiligt waren, zu einem landesweiten Streik auf. Ich wurde auf der Straße umzingelt und verprügelt. Natürlich habe ich die Täter als faschistisch denunziert und sie gefilmt. So etwas passiert indigenen Frauen und Männern, Aymara, Quechua oder Migranten an jeder Straßenecke. Egal, ob wir der MAS angehören oder den sozialen Organisationen nahestehen, wir werden überall beschimpft. Es ist sehr schwierig, zwei Stunden auf der Straße zu sein, ohne mit jemandem in Streit zu geraten. Das führt zu ständigen Spannungen. Ich würde die Situation nicht als Polarisierung bezeichnen, denn es stehen sich nicht zwei ähnlich große Seiten gegenüber, sondern diese Kultur des Hasses wird von einer kleinen Gruppe erzeugt.

Wie erklären Sie sich, dass diese kleine Gruppe nach wie vor das gesellschaftliche Klima vergiften kann?

Die paramilitärischen Gruppen wurden nicht entwaffnet und können jederzeit einen Streik durchführen. Sie hätten aufgelöst werden müs-



sen und sollten im Gefängnis sitzen, aber sie sind weiterhin mit ihren Motorrädern auf den Straßen und verprügeln Indigene! Es ist ein Putsch, der nicht aufhört. Die Rechte betreibt mit paramilitärischen Gruppen, mit Nahrungsmittelspekulation, mit all ihren Mitteln eine permanente Destabilisierung. Neben der MAS hat auch sie Sitze im Parlament errungen, und Camacho ist Gouverneur von Santa Cruz, einem der Departementos mit der höchsten Wirtschaftsleistung. Er kann nun den Staatsapparat für die rechte Mobilisierung einspannen. Ich denke, dass sie ein Abwahlreferendum planen. Die zutiefst rassistische und putschfreundliche Ärztekammer streikt ebenfalls seit Wochen, wie schon 2019. So greifen sie systematisch die Regierung an.

Welche Rolle spielt die wirtschaftliche Situation? Die Wirtschaftskrise ist schrecklich, besonders für Frauen, und während der Pandemie hat sie sich verschärft. Zur Wiederbelebung der Wirtschaft hat die Regierung etwa die Rückerstattung der Rentenbeiträge beschlossen, die man nun ausgeben kann, um nicht zu verhungern.

■ Druck ausüben

Gemeinsam gegen die Destabilisierung von Rechts

Für mich ist das ein schlimmer Angriff auf die Menschen, denn wir Frauen haben nicht einmal eine Rente, und auch viele Männer, die jetzt von ihren Ersparnissen leben, werden einmal keine Rente bekommen. Der Rassismus in Bolivien verschärft sich durch die Vertiefung des Kapitalismus, der Ausbeutung und der Wirtschaftskrise. Denn warum behandeln sie uns rassistisch? Um uns zu beherrschen, zu demütigen und auszubeuten, so dass uns nichts anderes übrig bleibt, als ihre Dienerinnen zu sein. Das wollen wir nicht und wehren uns dagegen.

Wie schätzen Sie die Situation der indigenen sozialen Bewegungen ein?

Um dies zu analysieren, sind zwei Aspekte wichtig. Der Putsch wurde 2019 möglich, weil die sozialen Bewegungen sich um politische Ämter gestritten haben und dadurch geschwächt waren. Die MAS hat zunehmend aufein politisches Instrument Bewegungen zur Lösung der Probleme des Landes und der indigenen Bevölkerung zu sein. Stattdessen ist sie zu einer traditionellen Partei geworden, in der die Parteispitze Entscheidungen trifft und die sich auf den Staatsapparat stützt, um Arbeitsplätze für die eigenen Mitglieder zu schaffen. Dafür haben wir keine Revolution gemacht.

Dies ist aber nicht nur die Verantwortung der MAS. Es ist ebenso die Aufgabe der sozialen Bewegungen, Druck auszuüben und einzufordern, dass der Prozess des Wandels neu ausgerichtet und vertieft wird. Leider sind die sozialen Bewegungen aufgrund ihrer Beziehung zum Staat zersplittert. Es gibt Teile der Organisationen, die hinter Evo stehen. Eine zweite Strömung unterstützt den Vizepräsidenten David Choquehuanca und eine dritte Luis Arce. Da wir einen Putsch und eine Pandemie durchlebt haben, waren die Bedingungen denkbar schlecht, um die sozialen Bewegungen wieder zu stärken.

Der zweite Aspekt hängt mit der Pandemie zusammen. Diese hat uns isoliert und gelähmt und vielen Menschen Angst gemacht. Vor allem aber hat die Pandemie einige wichtige Führungspersönlichkeiten der sozialen Bewegungen umgebracht. Das hat die Organisation der sozialen Bewegungen geschwächt. Leider kommen wir aus einer Kultur, in der immer eine Führungsfigur gebraucht wird. Es mangelt an politischen Konzepten, die sozialen Bewegungen sind zersplittert und nach meinem Eindruck passiert Ähnliches in vielen Teilen von Abya Yala. Die Pandemie wurde von den Regierungen auch strategisch genutzt, um uns zu demobilisieren und die sozialen Bewegungen zu lähmen. Trotzdem gehen wir als Feministinnen weiterhin auf die Straße und fordern Gerechtigkeit.

Welche Rolle spielt die feministische Bewegung aktuell? Gab es Fortschritte bezüglich der patriarchalen Pakte innerhalb der MAS?

Nein, es gab keine großen Fortschritte. Es ist schwierig, sich nach einem Putsch wieder zu erheben. Der Putsch war ein politischer, aber es war auch ein körperlicher und emotionaler Schlag. Wir sind gerade erst dabei, wieder aufzustehen. In Bezug auf den Putsch gab es unterschiedliche feministische Positionen. Einige Feministinnen, wie María Galindo oder Silvia Rivera, haben sogar behauptet, dass es gar keinen Putsch gegeben hätte. Ich bin der Meinung, dass die feministische Bewegung in jenem wichtigen Moment 2019 keine bedeutende Rolle gespielt hat, außer dass Feministinnen falsche Informationen über den Putsch verbreitet haben. Es gibt viele verschiedene Feminismen, manche von ihnen tragen zur Polarisierung der Gesellschaft bei und spielen dabei der faschistischen Rechten in die Hände.

Wie wahrscheinlich sind neue Konflikte mit der Regierung wegen des Extraktivismus?

Die Regierung hat an ihrer extraktivistischen Ausrichtung nichts geändert. Die sozialen Organisationen, die dies anprangern könnten, werden das jedoch nicht tun. Im Moment ist es sehr schwierig, auf der Straße Druck auf den Staat auszuüben, denn all dies wird von der Rechten zum Zwecke der Destabilisierung ausgenutzt. Vor kurzem gab es einen indigenen Protest, der legitimermaßen anprangerte, dass auf die Forderungen der Gemeinschaften des Tieflands wie der Guaraní, der Chiquitán, nicht eingegangen wurde. Um an Stärke zu gewinnen, haben sie

sich jedoch mit rechtsgerichteten Gruppen und der Partei von Carlos Mesa verbündet. Das hat ihnen jegliche Legitimität genommen. Deshalb glaube ich auch nicht, dass es jetzt große Mobilisierungen geben wird. Das Ausbleiben von Protesten führt vielleicht zu mehr Stabilität, es nimmt jedoch auch Druck von der Regierung, auf die Nöte der Bevölkerung einzugehen.

Gibt es trotz alledem auch ein Wort der Hoffnung für Bolivien?

Ich denke, wir befinden uns in einer schwierigen Situation. In der gesamten Region finden ständig Angriffe statt. In Argentinien zum Beispiel erobern die Anhänger von Ex-Präsident Macri weiterhin Räume zurück. In Chile gibt es Leute, die gegen die Revolte sind. Sie bedeuten uns, dass wir keine weiteren Revolutionen oder Transformationen befördern sollen. Was mich aber hoffnungsvoll stimmt, ist, dass wir in der Lage waren, die De-facto-Regierung sehr schnell loszuwerden. Denn es waren die Proteste vom Juli und August 2020, die die Durchführung der Wahlen vom 18. Oktober ermöglicht haben. An dieser Mobilisierung waren vor allem die indigenen Gemeinschaften beteiligt, die im ganzen Land demonstriert, Straßen blockiert sowie Bürgerversammlungen und einen unbefristeten Streik abgehalten haben.

Unsere Fähigkeit zur Organisation, unser Widerstand, unsere ständige Weigerung, herrscht und unterworfen zu leben, gibt Hoffnung. Auch wenn es jetzt Spaltungen in den sozialen Bewegungen gibt, so sind diese vorübergehend. Wir Aymara und Quechua ertragen die Unterdrückung nicht. Wir sind rebellisch und haben uns immer selbst organisiert. Wir dürfen nicht alle unsere Hoffnungen auf den Staat setzen. Das haben wir bereits versucht, doch es ist schwierig für den Staat, alles zu verändern. Mich stimmt es hoffnungsvoll, dass wir wieder an uns selbst als Organisationen und Gemeinschaften glauben und den Staat als eine weitere Variable haben, über die man diskutieren kann. Vor allem aber ist es wichtig, dass wir uns selbst organisieren. Nicht mehr für eine Partei, nicht für eine Person, sondern weil wir nicht mehr mit den Patriarchen leben wollen. Nie wieder als Dienerinnen!

// Interview und Übersetzung: Martin Schäfer

DER INDIGENE FAKTOR

AN DER ORGANISATION CONAIE UND DER PARTEI PACHAKUTIK FÜHRT IN ECUADOR KEIN WEG VORBEI

Die Proteste im Oktober 2019 in Ecuador standen am Anfang der Serie anti-neoliberaler Protestbewegungen in verschiedenen Ländern Südamerikas. Der Protest begann mit der über Nacht angekündigten Aufhebung der Subventionen für Treibstoff durch den damaligen Präsidenten Lenín Moreno. Auch zwei Jahre später kommt es immer wieder zu Protesten in denen es vordergründig um Benzinpreise geht. Doch tatsächlich geht es den Demonstrierenden, angeführt von der indigenen Dachorganisation CONAIE, um mehr.

"Einmal mehr gibt die indigene Bewegung uns unsere Würde zurück", sagte der Mediziner und Gesellschaftskritiker Jaimie Breilh im Oktober 2019 über die damalige Situation (Siehe LN 545). Damals wurde das Land durch Straßenblockaden und Massenproteste für fast zwei Wochen lahmgelegt. Am Ende standen Verhandlungen zwischen dem damaligen Präsidenten Lenín Moreno (Alianza País) und der CONAIE. Ein Delegierter der Vereinten Nationen vermittelte und noch am ersten Verhandlungstag kam die Zusage von Lenín Moreno, das umstrittene Dekret 883, das der Auslöser für die Proteste gewesen war, zurückzunehmen. Das Dekret war ein Produkt neoliberaler Sparmaßnahmen und sah die Streichung der Subventionen für Benzin- und Dieselpreise vor. Das Verhandlungsergebnis bildete einen Erfolg für die indigene Bewegung und die Demonstrierenden im ganzen Land.

Die Proteste vor zwei Jahren waren nicht der erste Anlass, bei dem sich die indigene Bewegung Ecuadors als entscheidende Akteurin gegen die neoliberale Politik der jeweiligen Regierung positionierte. Nachdem sich die CONAIE 1986 aus einem Zusammenschluss des indigenen Verbandes aus dem Hochland, ECUARANARI, und der CONFENAIE aus dem Amazonasgebiet gegründet hatte, kam es 1990 zu den ersten landesweiten Protesten, dem sogenannten Inti Raymi-Aufstand

(benannt nach dem indigenen Sonnenwendenfest). Auch damals nutzen die Demonstrierenden Straßenblockaden und die Besetzung öffentlicher Gebäude zu ihrem Vorteil. Ein Manifest mit 16 Forderungen wurde vorgelegt. Ganz oben standen die Reform der ecuadorianischen Verfassung und die Erklärung des Landes zu einem plurinationalen Staat. Außerdem wurde die Anerkennung der territorialen Rechte der indigenen Kichwa, Shiwar und Achuar gefordert. Konfrontiert mit der Wucht der Bewegung, sah sich die damalige Regierung von Präsident Rodrigo Borja, der sozialdemokratischen Partei Izquierda Democrática (ID), ge-Protestparteien zwungen mit den Verhandlungen zu treten. Diese wurden zwar nach einigem Hin und Her ergebnislos abgebrochen, dennoch trug dies zur Wahrnehmung der CONAIE als führende mobilisierende Kraft im Land bei. Die Kompromisslosigkeit der Regierung hatte 1992 weitere Aufstände zur Folge und Borjas erkannte schließlich die Rechte der Indigenen über mehr als eine Millionen Hektar Land an, die Hälfte des geforderten Territoriums. Die Forderung nach der Anerkennung Ecuadors als plurinationaler Staat wurde 1992 noch als "Gefährdung der nationalen Einheit" abgelehnt.

Die 90er Jahre waren geprägt von mehreren Protestwellen, die 1999 im Sturz des damaligen Präsidenten Jamil Mahuad, der Mitte-rechts Partei christlich-demokratische Union (UDC), gipfelten, nachdem dieser zur Sanierung des Staatshaushalts unter anderem die Subventionen für Strom und Gas strich, was zu einem kurzzeitigen Preisanstieg von 400 Prozent führte. Erneut war die CONAIE die treibende Kraft der Protestbewegung. Ein weiterer Präsident musste gehen, bevor Rafael Correa 2007, als linker Hoffnungsträger, das Präsidentschaftsamt antrat. Der ehemalige Militär Lucio Gutiérrez positionierte sich vor seiner Wahl zum Präsidenten im Jahr 2003, als überzeugter Anti-Neoliberaler, unterzeichnete dann aber nur wenige Monate nach Regierungswechsel



▲ Wenn wir für die Erde sorgen, wird die Erde auch für uns sorgen Wandbild in Baños

neue Kreditverträge mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Der politische Arm der CO-NAIE, die Partei Pachakutik, die Gutiérrez zuvor zur Macht verholfen hatte, brach mit dem Präsidenten nach nur wenigen Monaten und verließ die Regierung. Gutiérrez wurde 2005 vom ecuadorianischen Kongress abgesetzt. Pachakutik und re-

spektive die CONAIE verloren nach der Koalition mit Gutiérrez nachhaltig an öffentlichem Ansehen und stürzten in eine politische Krise. Die Wahlergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen 2006 und den Wahlen 2007 zur Verfassunggebenden Versammlung waren die schlechtesten in der Geschichte der Partei.

Trotzdem nahmen die CONAIE und Pachakutik, sowie weitere indigene Organisationen, maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung. Der Begriff der Plurinationalität wurde in den ersten Artikel der ecuadorianischen Verfassung von 2008 aufgenommen.

Nach anfänglicher Unterstützung der progressiven Agenda des Präsidenten Rafael Correa (2007-2017) seitens der CONAIE trug der Unmut über Correas zunehmende Investitionen in extraktivistische Projekte und die daraus resultierende Umweltzerstörung sowie die zunehmende Kriminalisierung jeglicher zivilgesellschaftlicher Bündnisse zur weiteren Distanzierung der beiden Parteien bei. Luis Herrera R., Fotograf, Filmemacher und Gründer des multidisziplinären Zentrums für Kichwa-Studien, arbeitet seit vielen Jahren mit indigenen Aktivist*innen. Im Gespräch mit LN sagte er über Rafael Correa, dass dieser sein politisches Projekt auf dem Rücken der Aktivist*innen austrug, die er systematisch zum Schweigen gebracht hatte.

Die 90er Jahre waren geprägt von mehreren Protestwellen

Mit Lenín Moreno kam 2017 wieder ein Präsident an die Macht, der seine neoliberale Ausrichtung vor seiner Wahl nicht zu erkennen gab. Umso deutlicher wurde diese, als Moreno im Februar 2019 einen Kreditvertrag über 4,2 Milliarden US-Dollar mit dem IWF unterzeichnete. Der Bevölkerung wurde ein Paket an drastischen Sparmaßnahmen vorgestellt, darunter das berüchtigte Dekret 883 – die Kraftstoffpreise verdoppelten sich über Nacht. Hätte Moreno die Wucht der Proteste hervorsagen können, hätte er wohl anders gehandelt. "Die Proteste von 2019 waren so wichtig für die sozialen Organisationen, weil wir zehn Jahre des Correismus hinter uns gelassen hatten. Während des Correismus wurden die sozialen Bewegungen, darunter die indigene Bewegung, die Campesinos, die Studierenden, die feministische Bewegung, und die Gewerkschaften, auf brutale Art und Weise demontiert", so Luis Herrera R.. Doch auch Correas Nachfolger nutzte die Macht des Staates um die Proteste einzudämmen. Die Proteste hatten noch nicht einmal richtig begonnen, da hatte Moreno schon

den Ausnahmezustand verhängt. Die Gewalt der Sicherheitskräfte forderte elf Todesopfer. Zur Bedeutung der Proteste in Ecuador im Angesicht der Gewalt des Staates sagte die Künstlerin Pepita Machado in einem Interview mit der feministischen Zeitung *La Periódica*: "In Lateinamerika wird Protest mit Gewalt verwechselt. Es gibt wenig Toleranz für die Proteste und viel Gewalt gegen sie. Die Menschen erheben berechtigterweise ihre Stimme. Deswegen ist es so wichtig, das Demonstrationsrecht zu schützen".

2021 gewann mit Guillermo Lasso wieder ein konservativer Politiker, der seine neoliberale Agenda bereits während des Wahlkampfs präsentierte. Und wieder ließen die Proteste nicht lange auf sich warten. Im September wurde der Abschluss neuer Milliardenkreditverträge mit dem IWF bekannt und die Regierung kündigte an, innerhalb der nächsten vier Jahre 20 Freihandelsabkommen mit den wirtschaftsstärksten Staaten der Welt abschließen zu wollen. Nach mehreren Demonstrationen lud Lasso die CONAIE Anfang Oktober zum Dialog ein. Der Präsident der Organisation, Leonidas Iza, sagte in einem Radiointerview über das Resultat: "Beim Bergbau gibt es keinen Fortschritt. Deswegen fordern wir den Präsidenten dazu auf, zumindest die territorialen Rechte (der indigenen Bevölkerung, Anm. der Redaktion) zu respektieren. Selbst diese grundlegende Forderung scheint jedoch nicht gesichert. So kamen Anfang Oktober Satellitenbilder an die Öffentlichkeit, die den Bau einer Straße im Yasuní-Nationalpark sowie die Abholzung von Wäldern für eine Ölplattform zeigen. Diese endet nur kurz vor der sogenannten Buffer Zone, welche die in freiwilliger Isolation lebenden Völker vor dem Extraktivismus schützt. Die Organisation YASunidos twitterte dazu: "Wir fordern einen Baustopp der Straße sowie der Ölplattformen im Yasuni-Nationalpark. Nichts könnte der Zukunft Ecuadors und seiner Rolle in der Welt mehr schaden, als einen Ethnozid an den isolierten Völkern zu begehen."

Auch Lassos wirtschaftspolitische Sparmaßnahmen sorgen weiterhin für Aufsehen. Per Dekret ließ er die Preise für Benzin auf 2,55 US-Dollar einfrieren und die Preise für Diesel auf 1,90 US-Dollar – dies entspricht einer Preissteigerung um 45 Prozent im Vergleich zum Juni 2020. Die CO-NAIE bezeichnete das Vorgehen des Präsidenten als betrügerisch und forderte das Einfrieren des



A In der neuen ecuadorianischen Verfassung haben sich die Indigenen Rechte erkämpft Wandbild in Baños

Preises von Benzin auf 2 US-Dollar und des Preises von Diesel auf 1,50 US-Dollar, um die Familien des Landes zu entlasten.

Die indigene Bewegung gibt uns unsere Würde zurück

Am 26. und 27. Oktober kam es erneut zu landesweiten Streiks. "So lange sich der Präsident nicht um die zentralen Probleme der Bevölkerung kümmert und die wirtschaftliche Lage weiter die Ärmsten des Landes belastet, werden die Menschen weiter auf die Straßen gehen", so Leonidas Iza. Diverse Menschenrechtsorganisationen verurteilten das aggressive Vorgehen der Sicherheitskräfte gegenüber den Demonstrierenden. Den Ausnahmezustand hatte Lasso bereits am 18. Oktober, unter Berufung auf "schwere innere Unruhen" ausgerufen und bezog sich damit auch auf die jüngsten Gefängnisaufstände – die bisher schwersten in der Geschichte Ecuadors. Das Bündnis "Allianz der Menschenrechtsorganisationen" kritisierte die Regierung auf Twitter für die Aushängung dieses Ausnahmezustands kurz vor angekündigten Demonstrationen, bei denen die Menschen vom Staat einfordern, dass er ihre Rechte garantiert. Der Präsident versprach den Protestparteien erneut, mit ihnen in Dialog zu treten, jedoch erst nach seiner Europareise, zu der er

unter anderem aufbrach, um auf dem Weltklimagipfel in Glasgow zu sprechen. Jedoch – und auch das kann als Folgewirkung der Proteste von vor zwei Jahren betrachtet werden – sitzt der Präsident nicht unbedingt am längeren Hebel. Lassos mitte-rechts Partei CREO ist lediglich die fünftstärkste Kraft in der Nationalversammlung, Pachakutik hingegen erreichte bei den vergangenen Wahlen ihr historisch bestes Ergebnis und wurde zweitstärkste Kraft. "Lasso hat die großen Medien des Landes auf seiner Seite, aber die Mehrheit im Parlament hat er nicht", so Luis Herrera. Der Großteil der Bevölkerung unterstütze Lassos Wirtschaftspolitik nicht; das seien nur wenige Finanzeliten und die Unternehmerklasse, so Herrera weiter. Lasso gewann nicht, weil er die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, sondern weil er für viele das kleinere Übel zu Andrés Arauz, dem politischen Zögling Rafael Correas darstellte. Sollte Lasso nicht weitere Schritte auf die sozialen Bewegungen und die Opposition zugehen, wird er es schwer haben, die folgenden dreieinhalb Jahre seiner Präsidentschaft zu überstehen. Denn die Historie der sozialen Bewegungen in Ecuador unter der Führung der CONAIE zeigt, dass die Ignoranz der Regierenden gegenüber der Bevölkerung selten ohne deren Widerstand geschieht.

// Anika Pinz



"DIE HERAUSFORDERUNG IST, VERBUNDEN ZU BLEIBEN"

FINE BII ANZ FEMINISTISCHER KÄMPFF AUS BRASILIEN

Die Feministinnen Analba Brazão Teixeira und Priscilla Brito aktualisierten für *LN* ihren Text "Der Aufschrei der Frauen hallt durch Lateinamerika" von 2019, der eine Bilanz feministischer Kämpfe in Brasilien und Lateinamerika zieht.

In den vergangenen Jahren hallte der Aufschrei des feministischen Widerstandes durch ganz Lateinamerika. Auf dem Kontinent haben wir in dieser Zeit eine ganze Reihe von Transformationen erlebt: Die Stimmen wurden vielfältiger, die sozialen Netzwerke für Massenkampagnen genutzt und Themen wie Antirassismus, Repräsentation und die Frage, wer aus welcher Position heraus spricht, bekamen größere mediale Sichtbarkeit. Heute setzen wir trotz der Ermordung der Stadträtin Marielle Franco im Jahr 2018 (siehe *LN* 537) unseren Kampf fort: für eine gerechtere und gleichberechtigtere Welt, in der Frauen mehr Freiheit haben.

Die positive Bilanz unserer jahrelangen feministischen Kämpfe erlaubt uns, besser hinzusehen und unsere Unterschiede und Diversität anzuerkennen. Als Bewegung nehmen wir wahr, dass wir uns manchmal so sehr diversifizieren, dass wir uns zerstreuen. Als die Nutzung von Plattformen wie Facebook und Twitter immer wichtiger wurde, um zu Protesten aufzurufen und diese zu organisieren, sah es anfangs so aus, als ob es einfacher würde, sich zusammenzuschließen. Gleichzeitig haben wir aber größere Schwierigkeiten, die Kontinuität unserer Aktionen zu erhalten. Wir stellen viele Gemeinsamkeiten zwischen den politischen Kontexten der Länder unserer Region fest. Besonders die Tatsache, dass 2015 in verschiedenen Ländern Lateinamerikas Frauen auf die Straße gingen, um ein weiteres Mal die Gewalt gegen Frauen anzuprangern. Ni Una Menos verwandelte sich nicht nur in einen Aufschrei, in einen Protest, sondern in einen gemeinsamen Kampf für das Ende patriarchaler Gewalt. Der Begriff "Feminizid" eroberte die Presse als eine Form der Anklage der Morde an Frauen. Von dort aus verbreiteten sich die Demonstrationen über den Rest des Kontinents.

In Brasilien war 2015 das Jahr, in dem sie uns das Recht auf Abtreibung in Fällen sexualisierter Gewalt nehmen wollten – parallel zum Prozess des misogynen und rassistischen Putsches, der Dilma Rousseff um die Präsidentschaft brachte. Wir protestierten im "Frühling der Frauen" auf der Straße, als "Marsch der Margeriten" und als "Marsch der Schwarzen Frauen." Wir organisierten uns auf unterschiedliche Weise, teilten aber eine gemeinsame Empörung.

2015 war auch das Jahr, in dem Marielle Franco mit der fünfthöchsten Anzahl von Stimmen zur Stadträtin von Rio de Janeiro gewählt wurde. Mehr als 46.000 Wähler*innen entflammten die Hoffnung der Frauen inmitten der Gewalt und Vernachlässigung, die in der alten Hauptstadt Brasiliens so verbreitet sind. Als Schwarze Frau und Bewohnerin eines Armenviertels war Marielle auch Mutter und offen bisexuell. Marielle wusste, dass ihr Mandat auch das Ergebnis der feministischen Mobilisierungen von 2015 war. Außer ihr wurden weitere Schwarze Frauen gewählt. Nicht etwa, weil es eine gemeinsame Strategie gab, eine Entscheidung der feministischen Bewegung, sich zu institutionalisieren. Sondern, weil die Proteste es notwendig machten, Schwarze Frauen zu wählen: Diejenigen, deren Leben und Körper von der Tragödie der Ungleichheit gezeichnet waren.

"Frauen sind wie Wasserläufe, sie wachsen, wenn sie sich vereinen"

Im darauffolgenden Jahr, 2016, gab die Politik eine harte konservative Antwort. Die Rechte übernahm in verschiedenen Ländern Lateinamerikas die Macht, im Fall von Brasilien durch einen Putsch, den die juristischen und legislativen Gewalten – und auch die Massenmedien – hervorgebracht hatten. 2019 sah Brasilien dann zu, wie ein Faschist die Macht übernahm. Jair Bolsonaro repräsentiert die Politik des Todes, die für den Neoliberalismus in diesem Moment der Weltgeschichte fundamental ist. Der parlamentarische Putsch in Brasilien bricht mit der Demokratie, vertieft die Ungleichheiten, die Intoleranz, den

Rassismus, die Feindseligkeit gegenüber Lesben und trans Personen und alle Formen der Gewalt. Während des internationalen Frauenstreiks von 2019 erkannten wir in der Annäherung der verschiedenen Feminismen unser größtes Potential: das als Bewegung. Diese Idee formulierten Frauen aus Altamira, in Pará, einer Region im Norden Brasiliens, beispielhaft: "Frauen sind wie Wasserläufe, sie wachsen, wenn sie sich vereinen". Der Kampf um Freiheit, gegen den Kapitalismus, den Rassismus und das Patriarchat überschreitet Grenzen und ist jedes Mal stärker Schwarz, indigen, gemeinschaftlich, lesbisch und trans.

Daher war der internationale Frauenstreik eine Möglichkeit, unsere Aufschreie zu vereinen und daran zu erinnern, dass Frauen in ganz Lateinamerika bereit sind, Widerstand zu leisten. Der Aufruf kam von unseren argentinischen Schwestern, er war ein notwendiger Schritt, um die politische Kraft von Ni Una Menos zu verbreiten. Nicht als vereinheitlichte Bewegung, sondern als Idee, als Netzwerk, als eine gemeinsame Form des Widerstandes mit der notwendigen Kraft, um dem Voranschreiten des Konservatismus zu begegnen, den religiösen Fundamentalismen und der Machtübernahme durch die Rechte.

Der aktuelle politische Kontext stellt Genderfragen in das Zentrum der politischen Debatten. Es gibt eine starke und gut vernetzte Kampagne auf dem gesamten Kontinent gegen das, was sie "Genderideologie" nennen. Wir haben Angst, die Rechte, die wir erobert haben, wieder zu verlieren, und Rückschritte bei dem wenigen, das wir erreicht haben, hinnehmen zu müssen. Dennoch sehen wir mit Freude, dass die Bewegung lebendig und pulsierend bleibt und mit doppeltem Einsatz mobilisiert, um die legale Abtreibung für alle Frauen zu garantieren.

Der Kampf um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Brasilien und die Verankerung dieser Forderung in der demokratischen Agenda waren sehr mühsam. Die 2008 gegründete "Nationale Initiative gegen die Kriminalisierung der Frauen und die Legalisierung der Abtreibung" vereint bis heute auf nationaler Ebene verschiedene Bewegungen von Frauen und Feministinnen, um die brasilianische Gesellschaft mit dieser Debatte zu konfrontieren.

In Brasilien wird eine Abtreibung nur in den Fällen nicht als Verbrechen betrachtet, in denen das

Leben der Schwangeren bedroht oder die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist. Diese beiden Möglichkeiten werden im Strafgesetzbuch von 1940 genannt. In der dreißigjährigen Geschichte der brasilianischen Demokratie hat es die Legislative nicht geschafft, hier voranzukommen. Das, was sich verbessert hat, setzte die feministische Bewegung durch. Heute besteht der Kongress zur großen Mehrheit aus ultrakonservativen Abgeordneten, die ständig versuchen, unsere Erfolge zunichte zu machen. Im August 2018 reichte die Nichtregierungsorganisation ANIS und die links-sozialistische Partei PSOL beim Obersten Gerichtshof STF eine Verfassungsklage ein, um Abtreibungen auf juristischem Weg zu legalisieren. Während der ersten Erörterung des STF lancierten wir die Kampagne "Weder inhaftiert noch tot" und das "Festival für das Leben der Frauen". Beides trug dazu bei, die Frage der Abtreibung auf die nationale Tagesordnung zu setzen.

Gleichzeitig mobilisierte die feministische Bewegung in Argentinien für die Abstimmung im Senat, was auch in Brasilien mobilisierte. Die argentinischen und mexikanischen Schwestern erreichten 2020 und 2021 bedeutende Fortschritte in der Gesetzgebung, was uns mit Hoffnung erfüllt. Die Bewegung vernetzte sich, um junge Feminist*innen in diesem Kampf willkommen zu heißen und die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den Forderungskatalog der Demonstrationen gegen den Faschismus aufzunehmen. Seitdem Bolsonaro die Macht in Brasilien übernommen hat, ergreift der Staat direkte Maßnahmen, um zu verhindern, dass Mädchen und Frauen abtreiben, auch in den gesetzlich erlaubten Fällen.

Die Angst lähmt uns nicht, im Gegenteil, sie bewegt uns

Die Bewegung der Schwarzen Frauen hat in Brasilien die Debatte um die Frage der reproduktiven Gerechtigkeit bereichert. Sie fordert, dass nicht nur alle Frauen das Recht erhalten sollten, eine Schwangerschaft abzubrechen, sondern auch das Recht, Kinder auf gesunde und gleichberechtigte Weise zu bekommen. Dieses Konzept er-

kennt die extrem grausame Lebensrealität von Schwarzen Frauen an, die sich im Alltag institutionellem Rassismus und der Prekarität ihrer Lebensbedingungen stellen müssen. Es ist eine Herausforderung, alle Forderungen zusammenzuführen und gleichzeitig diesen Kampf fortzusetzen und zu stärken.

In einer Welt voller Widersprüche machen wir weiter, indem wir Trauer in Widerstand verwandeln. Die Angst lähmt uns nicht, im Gegenteil, sie bewegt uns, weiter zu kämpfen. Vor ihrer Ermordung sagte Marielle Franco in ihrer Rede zum 8. März: "Wir müssen so handeln, als sei die Revolution möglich." Auch wenn es in diesem politischen Szenario sehr schwierig erscheint, halten wir daran fest, dass es möglich ist, dass die Welt für Frauen gerechter und gleichberechtigter wird. In jedem Land haben die Kämpfe unterschiedliche Nuancen, die sich zu globalen Kämpfen summieren. In Brasilien, einem sehr großen und sehr ungleichen Land, ist es niemals einfach für uns, eine landesweite Aktion zu organisieren. In fast zwei Jahren Pandemie hat sich die soziale Tragödie verschärft und die wirtschaftliche Situation der Menschen verschlechtert, besonders die der Frauen. Es gibt verschiedene Studien und Untersuchungen, die dies bestätigen, vor allem den Anstieg der Gewalt in einer Gesellschaft, die sowieso schon sehr gewalttätig ist. Im Jahr 2020 wurden 1.388 Frauen ermordet, die meisten von ihnen waren Schwarz – was ein weiteres Mal zeigt, wie sich die Kluft der strukturellen und sozialen Ungleichheit in einem rassistischen und sexistischen Land verbreitert.

Es hat uns in dieser Zeit viel gekostet, den Kampf in digitaler Form zu organisieren. Diese Entwicklung innerhalb der Bewegung ist nicht abgeschlossen, denn das Internet verändert unsere Wahrnehmung von Raum und Zeit, unsere Formen der Kommunikation, das Verständnis unserer Vereinbarungen und unserer Unterschiede. Hinzu kommt die Ungleichheit im Zugang, in der Form des Gebrauchs und des Umgangs mit diesen Technologien. Diese Fragen waren bereits in anderen historischen Momenten der Bewegung präsent, aber die Prozesse intensivieren und beschleunigen sich, während es gleichzeitig schwierig ist, unseren gemeinsamen Aktionen und



▲ Marielle, presente! Wandbild der ermordeten Stadträtin und feministischen Aktivistin in São Paulo

Dialogen Kontinuität zu geben. Dennoch sind wir 2020 und 2021 gegen die genozidale Politik der aktuellen Regierung auf die Straße gegangen: in Demonstrationen gegen den Rassismus, für das Recht auf Land und für die Rechte der indigenen Gemeinschaften. Die Märsche gegen den Genozid an der Schwarzen Bevölkerung, der "Marsch der Margeriten" der Landfrauen und der Marsch der indigenen Frauen waren einige der wichtigsten Demonstrationen in den vergangenen Jahren.

In jeder Region integrierten andere lokale Kämpfe ihre Forderungen, wie der Kampf um Wasser, um menschenwürdiges Wohnen oder für Kinderbetreuung. Wir glauben, dass die gesammelte Energie und diese globale, feministische politische Kraft den Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus und das Patriarchat weiter ausweiten wird, vor allem in Lateinamerika.

Wir Feminist*innen stellen uns der Herausforderung, diese Vernetzung fortzusetzen. Wir nutzen die bereits geleistete Mobilisierung und werden sie über das Internet in konkrete Aktionen verwandeln. Wir werden in der feministischen Bewegung die Perspektive der Horizontalität stärken, indem wir die sozialen Kontexte der Kämpfe und des Widerstandes einbeziehen. Mit dem Fortschritt des Ultrakonservatismus in Lateinamerika und in der Welt wird die feministische Vernetzung immer wichtiger, um eine Weltanschauung voranzutreiben, die den sozialen Problemen mit konkreten Vorschlägen begegnet. Die feministischen Bewegungen haben es geschafft, sich über konkrete Kämpfe zu verbinden. Die Herausforderung ist, verbunden zu bleiben.

> // Analba Brazão Teixeira & Priscilla Brito // Übersetzung: Claudia Fix

"DIE PROGRESSIVEN KRÄFTE HINTER EINEM PROJEKT VERSAMMELN"

INTERVIEW MIT DEM MAYA-AKTIVISTEN MASH MASH ÜBER DIE DERZEITIGEN PROTESTE UND SEINEN EINSATZ FÜR EINEN PLURINATIONALEN STAAT

Infolge der Entlassung des leitenden Staatsanwalts für Korruptionsbekämpfung, Juan Francisco Sandoval, gab es in Guatemala 2021 große Proteste, bei denen indigene Bewegungen sehr präsent waren. Mash Mash vom Rat der Maya-Bevölkerung (Consejo del Pueblo Maya CPO) erzählt im Gespräch mit den LN, warum Demonstrationen nicht ausreichen und welche Ansätze seine Bewegung für einen pluri-nationalen Staat hat.

Nach mehreren Korruptionsskandalen gab es diesen Sommer große Proteste in Guatemala. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Die Proteste wurden durch das korrupte Vorgehen des Staates ausgelöst, der sich nur um das Wohl der mächtigen Gesellschaftsgruppen sorgt, die die Wirtschaft und Politik in diesem Land bestimmen. Die Regierung nahm nur noch Kredite auf, um die Wirtschaftsinteressen und Bedürfnisse der Regierenden und ihrer Unternehmen zu bedienen. Ein anderer Grund ist das schlechte Krisenmanagement in der Pandemie. Es gibt noch einen unaufgeklärten Fall um die Investitionen, die in Impfstoffe für das Land geflossen sind. Die Demonstrationen sind Ausdruck des Widerstands der kämpfenden Bevölkerung und der Ablehnung eines Staates, der historisch bedingt die indigenen Gemeinschaften ausschließt. Die Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterwerfung dieser Bevölkerungsgruppen sind etwas, das seit der Kolonisation stattfindet.

In den letzten Jahren wurden in Guatemala korrupte Strukturen abgebaut, aber im Moment wird versucht, die Institution, die für die Verfolgung von Korruption zuständig ist (die Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit, Anm. d. Red.), zu demontieren. Als die Entlassung von Juan Francisco Sandoval, dem leitenden Staatsanwalt

dieser Institution, bekannt wurde, begannen sich die Demonstrationen in den verschiedenen Sektoren zu verstärken.

Könnten Sie uns etwas mehr von Ihrer Organisation, dem Rat der Maya-Bevölkerung (CPO), erzählen, und welche Rolle dieser im plurinationalen Streik vom 29. Juli 2021 gespielt hat?

Der CPO ist ungefähr 2005 entstanden, im Zusammenhang mit den Kämpfen zur Verteidigung unserer Gebiete und der Entwicklung der Konsultationen auf Ebene der Gemeinschaften. Bis jetzt wurden im gesamten Land etwa 80 Konsultationen durchgeführt, um die Rechte der indigenen Gemeinschaften auf ihr Land einzufordern. Das ist nötig, weil die transnationalen Unternehmen – sei es Bergbau, Wasserkraft oder monokulturelle Landwirtschaft – ohne Einverständnis in die Gebiete der indigenen Gemeinschaften vordringen. Wir verstehen uns als politische Bewegung, mit der wir die Maya-Bevölkerung vertreten und die Konstruktion einer neuen Staatsform für Guatemala vorantreiben. Der CPO hat die Leute auch dazu aufgefordert, den unterschiedlichen Demonstrationsaufrufen der indigenen Gemeinschaften und den sozialen Bewegungen zu folgen. Der 29. Juli war ein besonders starker Ausdruck dafür. Die Demonstrationen zeugen vom Widerstand und vom Kampf der indigenen Gemeinschaften, aber auch von der Ablehnung dieses rassistischen Staa-

Bei unserer Strategie geht es jedoch nicht nur um Proteste, sondern um ein politisches Projekt für einen tiefgreifenden Wandel. Wir versuchen dabei immer, so nah wie möglich an den Gemeinschaftsorganisationen zu sein und ihnen eine Stimme zu verleihen. Wir machen auch Fortschritte bei der politischen Bildung, damit der Vorschlag zur Veränderung des Landes in den Gemeinschaf-



MASH MASH UND DER RAT DER MAYA (CPO)

Mash Mash (bedeutet Affe in der Sprache Mam) gehört zur indigenen Gemeinschaft der Maya Mam und ist Aktivist des Rats der Maya-Bevölkerung (CPO).

Der CPO hat direkte Vertretungen in sieben Gemeinden (departamentos) im gesamten Westen des Landes sowie Allianzen mit Kräften, die in anderen Teilen des Landes präsent sind, wie der Ausschuss der bäuerlichen Entwicklung (Comité de Desarrollo Campesino, Codeca). Darüber hinaus kollaboriert der Rat mit akademischen, gesellschaftlichen und progressiven gewerkschaftlichen Sektoren.

(Foto: privat)

ten ankommt. Wir versuchen, eine Kraft nicht nur auf der Straße, sondern auch aus den Gemeinschaften heraus zu entwickeln.

Wir setzen uns für einen Pakt der Einheit unter den verschiedenen Bewegungen und Sektoren ein, um ein gemeinsames Projekt voranzutreiben. Das ist sehr schwierig, weil die Bewegungen noch in der Phase des Widerstands verharren, ohne die nächste Stufe zu erreichen. Aber es ist notwendig, ein neues Staatsmodell für Guatemala aufzubauen und glücklicherweise haben schon einige Bewegungen den Vorschlag eines plurinationalen Staates für sich angenommen. Das ist etwas Neues, sich nicht einfach nur zu beschweren, sondern Vorschläge zu machen.

Wie sieht die aktuelle Situation der Maya-Bevölkerung in Guatemala aus?

Seit der Staatsgründung 1524 und der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1821 haben die indigenen Gemeinschaften nicht an der Gestaltung des Staates teilgenommen, wir sind nicht in den Regierungsstrukturen repräsentiert und können nicht über unsere Gegenwart oder Zukunft bestimmen. Wenn man sich das Parlament anschaut, so gibt es dort zwar einige Indigene, aber sie vertreten die Interessen der politischen Parteien, die von der Oligarchie gesteuert werden.

Wenn wir von Rassismus sprechen, sehen wir vier Formen der Enteignung. Während der Kolonisation wurde die Bevölkerung ihres Landes beraubt.

Später, in der Phase liberaler Regierungen, als der Staat das gemeinsame Land unserer indigenen Gemeinschaften aufteilte und an Großgrundbesitzer und Unternehmer verteilte, wurden wir versklavt und zur Arbeit in den Kaffee- oder Baumwollplantagen gezwungen. Während des bewaffneten Konflikts fand die dritte Enteignung statt, als alle indigenen Gemeinschaften als Kommunisten und querilleros gebrandmarkt wurden und man sie vertrieben und umgebracht hat. Ganze Gemeinden wurden ausgelöscht oder mussten Zuflucht in Mexiko oder an anderen Orten suchen. Als sie zurückkehrten, war ihr Land von hohen Funktionsträgern der Regierung oder dem Militär in Besitz genommen worden. Heute haben sich z.B. in Cobán, Petén oder Izabal schrittweise ehemalige Funktionäre der Regierung, des Militärs oder sogar des Drogenhandels diese Orte angeeignet. Die vierte Enteignung ist die derzeitige Durchsetzung des extraktivistischen Modells in unseren Gebieten. Es wird Bergbau betrieben, Erdöl gefördert oder es werden Wasserkraftwerke an den Flüssen im Gebiet der Gemeinschaften gebaut und später verkaufen sie uns den Strom zu überhöhten Preisen. Diese Projekte werden ohne die Zustimmung der indigenen Gemeinschaften umgesetzt. Dies stellt eine Verletzung ihrer kollektiven Rechte dar, zu denen unter anderem das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Konsultation gehören. Es hat aber auch andere Auswirkungen, wie zum Beispiel das Fehlen von Gesundheitsversorgung, Bil-



◀ Indigene Kämpfe verbinden Mural im Centro Pro Derechos Humanos in

Mexiko-Stadt

dung, Wohnraum oder Infrastruktur. Dies zeigt, dass wir in einem Land leben, in dem die indigenen Gemeinschaften nicht über ihr eigenes Leben bestimmen können.

Der CPO strebt einen plurinationalen Staat an. Was bedeutet dieses Konzept für Guatemala? Seit der Gründung des CPO nehmen wir uns die Schaffung eines neuen inklusiven Staates vor, denn wir sind vier Bevölkerungsgruppen in Guatemala: Maya, Xinca, Garífuna und Mestizo. Es ist also nicht nur ein indigenes Projekt oder ausschließlich für uns Maya. Wir schöpfen aus den Erfahrungen unserer eigenen Gemeinschaften, so gibt es zum Beispiel die Maya K'iche' und Kaqchikel, die ihr Land gemeinschaftlich verwalten. Dies zeigt, dass es durchaus möglich ist, in Richtung einer plurinationalen Kultur weiterzukommen. Auch in anderen Ländern Lateinamerikas wie Bolivien oder Ecuador gibt es dazu Beispiele, sogar in Europa existieren Vorläufer dieses Modells. Wir bauen hier in Guatemala darauf auf, indem wir vier Veränderungen in Betracht ziehen, die berücksichtigt werden müssen. Wir nennen sie die vier Pakte, die notwendig sind, um auf dem Weg zu einem plurinationalen Staat voranzukommen. Der erste Pakt ist ein politischer. In der neuen plurinationalen Verfassung wollen wir unsere kommunitäre Demokratie festschreiben, die in der Vergangenheit ignoriert wurde. Heute werden die Entscheidungen in den Regierungsstrukturen getroffen und in die Gemeindschaften getragen. Wir wollen diesen Prozess umkehren, denn unsere Gemeindschaften werden durch Gemeinschaftsversammlungen, Konsultationen und Konsensentscheidungen organisiert.

Wir möchten die Wahlgesetzgebung verbessern, damit im Parlament die vier Bevölkerungsgruppen proportional vertreten sind. Wir schlagen zwei Arten für die Wahl der Abgeordneten vor: einerseits über das offizielle politische System und andererseits aus der eigenen Dynamik der indigenen Gemeinschaften und ihrer Versammlungen heraus, das heißt, dass die indigenen Gemeinschaften ihre Abgeordneten frei und selbstbestimmt wählen können.

Der zweite Pakt ist wirtschaftlicher Natur. Das Hauptziel der Wirtschaft muss das *buen vivir* der indigenen Gemeinschaften sein, in Mam nennen wir es *Tb'anel Chwinqel* und in K'iche' *Utz K'aslemal*. Alle Gruppen, mit denen wir hier zusammenleben, verfolgen diesen gemeinsamen Horizont des *buen vivir* im Sinne eines erfüllten Lebens im Einklang mit der Natur und dem Universum.

Im Moment jedoch wird eine vom Markt regulierte Wirtschaftsordnung durchgesetzt. Wir aber wollen, dass sie durch die Gemeinschaft bestimmt und reguliert wird. Das bedeutet, dass die Gesetze im Land geändert werden müssen, damit Transparenz bei der Verwaltung der Einnahmen des Landes herrscht und nicht alles in den Taschen der Unternehmen und Korrupten landet, so wie es jetzt ist. Wir wollen auch, dass natürliche und soziale Gemeingüter wie Energie, Wälder und Flüsse in öffentlichen Besitz übergehen, dem Nutzen der Mehrheit dienen und nicht privatisiert und von transnationalen Unternehmen kontrolliert werden. Der dritte Pakt ist die Kultur. Wir müssen eine plu-

rinationale Kultur anstoßen. Die Bildung, die wir im Moment haben, ist darauf ausgerichtet, das System zu erhalten. Zentral für unseren Ansatz ist aber die Dekolonisierung des Denkens, um eine Kultur des Miteinanders, der Harmonie, der Produktivität und politischen Partizipation von Männern und Frauen anzustoßen.

Der letzte Pakt betrifft die Gerechtigkeit. Die Justiz muss die Systeme der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zur Rechtsprechung und Autoritätsausübung gleichberechtigt anerkennen. Wir wollen, dass diese juristische Pluralität anerkannt wird. Die indigene Justiz ist versöhnlich, sie verfolgt, kriminalisiert, tötet oder bestraft die Betroffenen nicht. Sie ist vor Allem nicht nur eine Justiz zur Konfliktlösung, sondern eine soziale Rechtsprechung, die Bildung, Gesundheit, den Lebensraum und alles, was mit dem buen vivir der indigenen Gemeinschaften zu tun hat, berücksichtigt.

Das sind die vier Elemente, auf denen ein plurinationaler Staat aufgebaut ist. Um sie zu erreichen, wollen wir nicht die bestehende ausgrenzende Verfassung flicken, sondern schlagen eine plurinationale verfassungsgebende Versammlung vor. Dafür brauchen wir Stimmen im Parlament und das heißt, wir müssen die indigenen Gemeinschaften als politische Kraft in den Kongress bringen und diese müssen sich sehr klar über unser Projekt sein. Von dort aus kann die Gesetzgebung zu den Wahlen und den politischen Parteien verändert werden, um den Weg für die plurinationale verfassungsgebende Versammlung zu ehnen.

Guatemala hat einen hohen Anteil indigener Bevölkerung. Diese scheint aber noch weit davon entfernt, eine ähnliche politische Kraft zu sein wie in Bolivien oder Ecuador. Was fehlt?

Es gibt eine bedauernswerte Situation, die das Resultat von vielen Jahren ideologischer Unterwerfung der indigenen Gemeinschaften ist. Die Regierung benutzt eine Vielzahl von Strategien, um über Gesetze, Institutionen und Akteure wie Armee, Polizei, Medien oder den Parteien einen Belagerungs- oder Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. Damit dämpfen sie die Forderungen der indigenen Gemeinschaften und haben die Gesellschaft zersplittert.

Es gibt keine Einheit, keine gefestigte Stimme, weder der Organisationen selbst, noch der Autoritätspersonen der Gemeindschaften und Studierenden-, Frauen-, Jugend-, Indigenen- und Bauernbewegungen. All diese lebendigen Kräfte im Land sind sehr zersplittert und auf politische Parteien ausgerichtet. Sie äußern sich nur bei speziellen Anlässen, wie jetzt gerade zum Thema Korruption. Darüber hinaus hat der Staat die Gemeindschaften mit seinen Akteuren infiltriert, die deren Führungspersonen durch kleine Geschenke oder Projekte gefügig machen. Eine historische Strategie ist es auch, Führungspersonen zu kriminalisieren, sie zu verfolgen und durch spezielle Gesetze zum Schweigen zu bringen. Es gibt ein Gesetz, das den freien Zusammenschluss von Gemeinschaften und sozialen Organisationen verbietet. Und dann gibt es Strukturen wie die Stiftung gegen den Terrorismus, die indigene Gemeinschaften als Terroristen und Kriminelle abstempelt, wenn sie ihre Rechte einfordern oder auf die Straße gehen, um zu demonstrieren.

Hinzu kommt, dass die Linke in Guatemala sehr arm ist, insofern als ihr Ansatz ein rein politisches Projekt war und sich nicht auf das Wohl des Landes bezog. Die große Herausforderung hier ist, die progressiven Kräfte und die der indigenen Gemeinschaften zu organisieren und gemeinsam hinter einem transformativen Projekt zu versammeln. Das bedeutet auch, die traditionellen rechten Parteien nicht weiter zu unterstützen, die uns alle vier Jahre aufs Neue betrügen. Es gibt ein großes Potential innerhalb der indigenen Gemeinschaften, aber wir haben keine Stimme. Deshalb möchte ich eine Botschaft, einen Aufruf an alle Bewegungen der indigenen Gemeinschaften und die sozialen Bewegungen in Guatemala senden und sie einladen, diesen Weg gemeinsam weiterzugehen. Aber vor allem einvernehmliche Kriterien für das politische Projekt des Landes zu vereinbaren und natürlich mit allen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, denn nur so können wir endlich vorankommen.

> // Interview: Anika Pinz & Martin Schäfer // Übersetzung: Ulrike Geier

"DU HAST DIE KUGEL – WIR HABEN DAS WORT"



WANDBILD IN GEDENKEN AN DIE ERMORDETEN AKTIVISTINNEN MARIELLE FRANCO UND BERTA CÁCERES IN BERLIN



Dieses Wandbild befindet sich an einer Außenmauer in der Malmöer Straße 29 in Berlin und gedenkt mit Berta Cáceres und Marielle Franco zwei Aktivistinnen, die sich in Honduras und Brasilien für grundlegende Menschenrechte einsetzten und aufgrund ihres Engagements ermordet wurden. Angestoßen wurde das Projekt von CA-DEHO (Menschenrechtskollektiv für Honduras) und orangotango (Kollektiv für kritische Bildung und kreativen Protest). Gemeinsam mit den kolumbianischen Wandbildkünstler*innen Fonso, Soma und La Negra und unter Beteiligung weiterer in Berlin lebender Aktivist*innen wurde 2019 die Idee des Wandbilds erarbeitet und schließlich künstlerisch in die Tat umgesetzt.

Als Collage sind Kämpfe für eine intakte Umwelt und indigene Selbstbestimmung, gegen Rassismus und Polizeigewalt dargestellt. Zudem thematisiert das Wandbild die deutschen Verbindungen zu den Morden an den beiden Aktivistinnen: Berta Cáceres kämpfte gegen ein illegales Wasserkraftwerk auf dem Gebiet der indigenen Lenca, an dem ein Siemens-Joint Venture als Turbinenlieferant beteiligt war. Der Auftrag für ihre Ermordung kam direkt aus dem Betreiberunternehmen des Wasserkraftwerks (siehe LN 563). Marielle Franco wurde mit einer Waffe der Marke Heckler & Koch ermordet. Dieses Fabrikat war an Spezialeinheiten der Polizei in Rio de Janeiro geliefert worden. Deutsche Waffenexporte unterliegen einer speziellen Kontrolle, die eigentlich die Weitergabe an nicht autorisierte Dritte unterbinden soll. Trotzdem war diese Waffe in Hände von Milizen in Rio geraten (siehe LN 537).

// Steffi Wassermann

DER NEUE WIDERSTAND

EINE AUFKEIMENDE PROTESTBEWEGUNG BRICHT MIT DER POLITIKVERDROSSENHEIT IN EL SALVADOR - UND STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Während sich andere Länder Mittelamerikas im vergangenen Jahrzehnt mit Massenprotesten gegen den Abbau ihrer demokratischen Institutionen gewehrt haben, galt Protestkultur El Salvadors eher als zurückhaltend. Das AmericasBarometer der amerikanischen Vanderbilt University, das seit mehr als 15 Jahren Umfragen in 34 Ländern der westlichen Hemisphäre durchführt, hat El Salvador immer wieder als eines der Länder des Kontinents mit der geringsten Beteiligung an Protesten identifiziert. Seit Mitte September ändert sich das – jedoch nicht ohne Antwort der Regierung Bukele.

Am 15. September 2021, dem 200. Jahrestag der Unabhängigkeit El Salvadors, waren die Hauptstraßen der salvadorianischen Hauptstadt von Menschen überlaufen. Im Gegensatz zu anderen Jahren gehörte der Zustrom jedoch nicht zur traditionellen Militärparade zur Feier der Unabhängigkeit. Dieses Jahr waren die Straßen des historischen Zentrums von San Salvador voller Bürger*innen, die gegen die Regierung von Nayib Bukele demonstrierten. Zwar gingen schätzungsweise nur 10.000 Menschen auf die Straße. Dennoch gilt die Protestaktion vom 15. September seither als Meilenstein für eine junge salvadorianische Demokratiebewegung.

Im Gegensatz zu den breiten Mobilisierungen zur Zeit der Militärdiktatur waren die salvadorianischen Bürger*innen seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens 1992 kaum noch in großer Zahl auf die Straße gegangen. Dabei hätte es an Anlässen nicht gemangelt: Weder die Gewaltexzesse im Land mit der zwischenzeitlich höchsten Mordrate der Welt noch Korruptionsskandale bei allen Parteien oder geheime und illegale Pakte zwischen Politiker*innen und Gangs hatten Massendemonstrationen herbei geführt.

Das bedeutet nicht, dass die Straßen in den vergangenen 30 Jahren leer waren. Insbesondere feministische Gruppen, bäuerliche und Umweltbewegungen sowie die LGBTIQ*-Community demonstrierten regelmäßig und standen in sozialen Kämpfen der demokratischen Ära an vorderster Front. Auch sie waren es, die sich in den vergangenen zwei Jahren konsequent gegen die antidemokratischen Maßnahmen der Regierung einsetzten. Trotz des Engagements für Demokratie und Menschenrechte war es ihnen jedoch nicht gelungen, eine breitere zivilgesellschaftliche Beteiligung an den Demonstrationen zu mobilisieren.

Die Nichtregierungsorganisation Fundaungo bringt in einer Studie aus dem Jahr 2015 die schwache Protestkultur mit der Politikverdrossenheit der Salvadorianer*innen und ihrer tiefen Unzufriedenheit mit der Repräsentation im Zweiparteiensystem in Verbindung. So haben sich die früheren Kriegsparteien ARENA und FMLN in der demokratischen Parteienlandschaft als die zwei wichtigsten politischen Kräfte etabliert. Die rechte ARENA war für 20 Jahre an der Macht, die linke FMLN regierte für zwei fünfjährige Amtsperioden. In diesen drei Jahrzehnten haben die verschiedenen Regierungen es nicht geschafft, die schweren politischen Problemen des Landes zu lösen. Die salvadorianische Bevölkerung war zugleich innerlich tief gespalten und enttäuscht von den Regierenden (siehe LN 526).

Die Flitterwochen sind vorüber

Vor diesem Panorama bedeutete die Präsidentschaftskandidatur von Nayib Bukele für eine Gesellschaft, die das etablierte Zweiparteiensystem immer stärker ablehnte, neue Hoffnung. Bukele war jung, verkaufte sich als anti-ideologisch und verkörperte den Bruch mit dem veralteten Zwei-



▲ Neue Bewegung an vielen Fronten "Tausche Bitcoin gegen meine verschwundene Tochter"

parteiensystem. Zudem versprach er eine Art friedliche Revolution: Seine Partei Nuevas Ideas solle eine soziale Bewegung mit Raum für alle Salvadorianer*innen sein.

Die Unterstützung für Nayib Bukele wuchs daher schnell, nachdem er seine Präsidentschaftskandidatur angekündigt hatte. Im Jahr 2018 sammelte er innerhalb von drei Tagen etwa 200.000 Unterschriften für die Anmeldung seiner Partei – viermal so viele wie nötig. Sein Regierungskonzept Plan Cuscatlán sollte ein kollaboratives Projekt werden und wurde mit Vorschlägen von über 20.000 Menschen zusammengestellt. Seit Bukeles Amtsantritt im Jahr 2019 versucht seine Regierung, diese Illusion aufrechtzuerhalten. Derzeit ist der Präsident laut Umfragen noch immer einer der beliebtesten Staatschefs Lateinamerikas.

Doch die Kritik wächst. Nach dem Erfolg bei den Parlamentswahlen Anfang 2021 kontrolliert Bukele das Parlament und stellt nun auch die Mehrheit der Bürgermeister*innen in den Kommunen des Landes. Durch verfassungswidrige Maßnahmen hat sich der Präsident auch Kontrolle über die Judikative verschafft (siehe *LN* 564). Sogar für Bukeles Anhänger*innen wird immer klarer, dass diese "Bewegung" eher ein Vehikel für die Machtakkumulation des Präsidenten und seines engsten Kreises ist. Die weitere Militarisierung der Sicher-

heit, die harte Hand in der Pandemie (siehe *LN* 551), die sich häufenden Korruptionsskandale und der systematische Abbau der Demokratie zeigen ein gänzlich anderes Bild als jenes, das die Regierung selbst zu zeichnen versucht. Das Versprechen eines neuen Anfangs für El Salvador gerät mehr und mehr in Vergessenheit. Maßnahmen wie die Einführung des Bitcoins als gesetzliche Währung ohne vorherige Diskussion verschärfen unterdessen neben den steigenden Lebensmittelpreisen die Unzufriedenheit der Gesamtbevölkerung.

Auf der Demonstration am 15. September wurden all diese Kritikpunkte laut. Die Protestierenden richteten sich gegen die neue Währung, gegen das Verschwindenlassen von Personen, gegen den eingeschränkten Zugang zu Informationen, gegen die Angriffe auf Presse und Zivilgesellschaft, gegen die offensichtliche Korruption und den Abbau der Rechtsstaatlichkeit im Land. Die Aufrufe zur Demonstration kamen aus allen erdenklichen Gruppen, von Studierenden, Basisorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Gremien und Aktivist*innen. Da die Initiativen so vielfältig waren, verlief die Planung nicht zentral. Dies führte dazu, dass es drei unterschiedliche Demonstrationsrouten gab, die sich schließlich aber im historischen Stadtzentrum am Platz Gerardo Barrios trafen. Dort kamen die verschiedensten Seiten der salvadorianischen Gesellschaft im Protest zusammen. Wie erwartet fanden sich feministische Kollektive und Umweltorganisationen an der Spitze des Zuges wieder. Für Überraschungen sorgten allerdings Gruppen, die sonst kaum auf die Straßen gehen: Richter*innen und Rechtsanwält*innen, die gegen die Krise der Judikative demonstrierten; ebenso Mitglieder evangelikaler Kirchen und katholische Abtreibungsgegner*innen; sogar ganze Familien, die zum ersten Mal an einer Demonstration teilnahmen und sich eher als unpolitisch beschreiben würden. Sogar ARENA- und FMLN-Politiker*innen und Anhänger*innen beider Parteien forderten Seite an Seite die Aufrechterhaltung der demokratischen Institutionen.

Die Demonstrationen haben eine Tür geöffnet, die die Regierung nicht mehr schließen kann

Diese massive und vielfältige Demonstration hat die Regierung wie eine Ohrfeige getroffen. Und es war erst der Anfang: Im Zweiwochentakt sollten weitere Protestzüge folgen. Die Reaktion der Regierung auf die Demonstration bestand zunächst in ihrer Verharmlosung: Politiker*innen und staatliche Medien versuchten, den Rest des Landes davon zu überzeugen, dass nur sehr wenige Menschen demonstriert hätten. Andere Medien hätten das Ausmaß der Demonstrationen völlig übertrieben und die Demonstrierenden seien von den traditionellen politischen Parteien bezahlt worden, um ihre Unzufriedenheit mit dem Präsidenten vorzutäuschen. Alles in allem seien die Proteste also winzig und unbedeutend.

Widersprüchlicher Weise unternahm die Regierung gleichzeitig Maßnahmen, um weitere Demonstrationen zu vermeiden. In den folgenden Wochen kam es vor geplanten Protesten zu polizeilichen Straßensperren auf den Autobahnen, die die Hauptstadt mit dem Rest des Landes verbinden. Busse mit Demonstrierenden wurden von der Polizei ohne Rechtfertigung festgehalten. Am 20. Oktober, drei Tage nach einem erneuten Massenprotest gegen Bukele, sprach das Parlament ein Verbot für öffentliche und private Massenkundgebungen aus, angeblich aufgrund der hohen Corona–Infektionszahlen. Ausgenommen von diesem Verbot sind jedoch sportliche Akti-

vitäten wie Fußballspiele der Nationalmannschaft oder kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte und Partys. Darüber hinaus erlaubt das Gesetzesdekret des Parlaments, dass die von Bukele kontrollierte Generalstaatsanwaltschaft gegen die Organisator*innen von Massenkundgebungen ermittelt und sie strafrechtlich verfolgt.

Doch die Bemühungen der Regierung, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und die salvadorianische Bevölkerung von der Straße fernzuhalten, halten diese bisher nicht auf. Zehn Tage nach dem gesetzlichen Verbot von Demonstrationen fand eine neue Kundgebung statt, um die Regierung aufzufordern, Maßnahmen gegen die Welle des Verschwindenlassens von Personen zu ergreifen. Die Empörung der Demonstrierenden zeigt sich derzeit stärker als jegliche Drohung oder Repression. Das Verbot der Demonstrationen lässt die Ablehnung von Bukeles Vorgehen zudem wachsen. Die Demonstration vom 15. September hat daher eine Tür geöffnet, die die Regierung nicht mehr schließen kann.

Es bleibt abzuwarten, ob es dem neuen salvadorianische Widerstand gelingt, auch langfristig zu denken. Denn Demonstrationen auf der Straße als Reaktion auf politische Entwicklungen sind wichtig, aber nicht genug, um die salvadorianische Demokratie zu verteidigen und wieder aufzubauen. Derzeit handelt es sich bei der Widerstandsbewegung um eine sehr breite und vielfältige Allianz. Das mag Hoffnung bringen, reicht aber langfristig nicht aus. So wird sich die Bewegung bemühen müssen, weitere Anknüpfungspunkte zu finden, um mehr als lediglich eine Oppositionskraft zu verkörpern und eine echte politische Alternative aufzuzeigen. Denn auch wenn Nayib Bukele irgendwann nicht mehr Präsident sein sollte, bestehen die multiplen Krisen, die zu seiner Präsidentschaft geführt haben, weiterhin. Es sind diese multiplen Krisen, die die neue Widerstandsbewegung angehen muss. Der aufkeimen-Widerstand muss sich also Herausforderungen stellen. Aber eines hat er mit den größten Demonstrationen seit Jahren klargemacht: Die Flitterwochen sind vorüber. Eine neue Generation von Salvadorianer*innen wacht auf. Sie weigert sich, die Geburt einer Demokratie miterlebt zu haben, nur um sie drei Jahrzehnte später wieder zu beerdigen.

// Lya Cuéllar

NICHT NUR BLOCKADE

KUBAS JUGEND VERLANGT TEILHABE UND FREIRÄUME UND WENDET SICH GEGEN VERKRUSTETE STRUKTUREN

Seit dem Beginn der Proteste am 27. November 2020 kommt Kuba nicht mehr zur Ruhe. Inzwischen geht es nicht mehr allein um die Forderung nach mehr Bürger*innenrechten oder um die katastrophale Versorgungslage, sondern auch um die Freilassung politischer Gefangener und die Beilegung des gesellschaftlichen Dissenses.

Die Gruppe Archipiélago (Archipel) um den jungen Theaterdramaturgen Yunior García stellte einen Antrag an lokale Regierungsbehörden, eine Reihe von Demonstrationen in mehreren Städten Kubas am 20. November 2021 zu genehmigen, so auch in der Hauptstadt Havanna. Die Organisator*innen begründeten ihren Aufruf mit dem Protest für die Freilassung politischer Gefangener und die Beilegung von Differenzen mit demokratischen und friedlichen Mitteln. Dabei beriefen sie sich auf ihre verbrieften Freiheitsrechte.

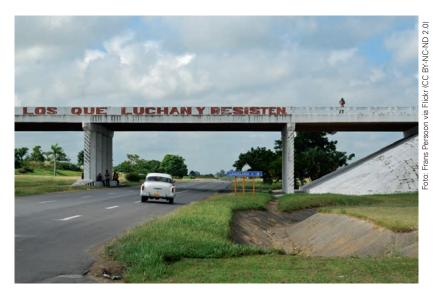
Die Regierung kündigte zunächst für den 18. bis 20. November dreitägige Militärübungen an. Daraufhin zogen die Organisator*innen den Marsch auf den 15. November vor. Mitte Oktober verweigerten die Behörden der Demonstration in Havanna die Genehmigung. Sie argumentieren, dass ein verfassungsmäßiges Recht "nicht gegen die anderen Rechte, Garantien und wesentlichen Postulate der Verfassung selbst ausgeübt werden kann". Den Organisator*innen des Marsches werfen sie vor, "Verbindungen zu subversiven Organisationen oder von der US-Regierung finanzierten Einrichtungen" zu haben, die einen Wechsel des politischen Systems in Kuba und eine militärische Intervention auf der Insel anstreben. Die geplanten Märsche stellten demnach Provokationen im Rahmen einer Regime-Change Strategie dar, heißt es in der zweiseitigen Verbotsbegründung.

Am 21. Oktober warnte die Staatsanwaltschaft der Provinz Havanna, dass sich die Organisator*innen, sollten sie ihren Plan weiterverfolgen, der Straftatbestände des Ungehorsams, der illegalen Demonstration sowie der Anstiftung zu Straftaten schuldig machen würden, die mit Strafzahlungen und Haftstrafen von bis zu einem Jahr geahndet werden könnten. Die Vizechefin der Behörde, Yahimara Angulo, erklärte gegenüber der Presse, dass sich die Warnung auf Artikel 156 der Verfassung stützt, der die Aufgabe der Staatsanwaltschaft darin sieht, "die strikte Einhaltung der Magna Carta zu gewährleisten".

Yunior García erklärte, an dem Aufruf festhalten zu wollen. Gegenüber ausländischen Journalist*innen verwies er darauf, dass in dem Antrag für den Marsch, "nirgends von einer Veränderung des Sozialismus die Rede ist". "Die kubanische Zukunftsagenda muss ein kollektives Konstrukt sein, sie muss gemeinsam geschrieben werden, sie muss das Ergebnis eines Konsenses zwischen verschiedenen Agenden und verschiedenen Ideen sein", sagte García. Der 38-Jährige ist Teil der Gruppe Archipiélago, die den Protest Mitte November anschiebt. Die Gruppe war im August 2021 gegründet worden und hat nach eigenen Angaben rund 20.000 Mitglieder, von denen viele außerhalb des Landes leben. Sie will eine Plattform für eine Debatte über ein zukünftiges Kuba sein.

Die beispiellosen Proteste vom 11. Juli haben Kuba aufgewühlt. In mehreren Städten des Landes waren Tausende Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die Lebensmittel- und Medikamentenknappheit zu protestieren und politische Veränderungen zu fordern. Es waren die größten Proteste auf der Insel seit dem so genannten *Maleconazo*, als im August 1994, auf dem Höhepunkt der "Spezialperiode" genannten Wirtschaftskrise, Hunderte Menschen auf Havannas Uferpromenade demonstrierten.

Im Gegensatz zu 1994 hatten die Proteste dieses Mal – nicht zuletzt aufgrund der sozialen Netzwerke – eine nationale Dimension, die die Behörden überraschte. Schnell machten in den sozialen



▲ Für die, die kämpfen und Widerstand leisten Straße bei Candelaria

Netzwerken Videos von Straßenprotesten in verschiedenen kubanischen Großstädten die Runde. Ein solcher Ausbruch sozialer Unzufriedenheit ist ungewöhnlich für den Karibikstaat und rief viel internationale Aufmerksamkeit hervor. Aus Miami kamen schnell Solidaritätsbekundungen und Rufe nach einer "Intervention".

Ausgelöst wurden die Proteste im Sommer durch die schwere Wirtschafts- und Versorgungskrise in Kuba. Der Einbruch des Tourismus infolge der Coronapandemie, die sich im Vorfeld der Proteste verschärft hatte, hat das Land von wichtigen Deviseneinnahmen abgeschnitten und den Spielraum der Regierung eingeschränkt. Hinzu kommt die Verschärfung der US-Blockade. Die Währungsanpassung Anfang des Jahres, in deren Folge der konvertible Peso abgeschafft wurde, begleitet von einer Abwertung des kubanischen Pesos sowie einer Preis- und Lohnreform, hat zu einer massiven Preissteigerung geführt. Viele Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs sind nur noch in Devisenläden oder auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Die Menschen stehen jeden Tag stundenlang Schlange, um Grundnahrungsmittel zu kaufen. Außerhalb Havannas kommt es zu zum Teil stundenlangen Stromausfällen.

"Die Demonstrationen sollten keine Überraschung sein", sagt Carlos Alzugaray, kubanischer Ex-Diplomat und unabhängiger politischer Analyst aus Havanna. Die Ursachen seien vielfältig: "Die Anstachelung über soziale Netzwerke von außen, die zu einem großen Teil durch die US-Blockade verursachte erhebliche Verschlechterung der sozialen Lage, vor allem in marginalisierten Vierteln, die zunehmenden Schwierigkeiten beim Erwerb von Lebensmitteln, das Gefühl, die Regierung handhabe die Pandemie nicht effizient, und eine ineffiziente Kommunikationsstrategie der Regierung." Unter #SOSCuba war in den Wochen vor den Protesten der Eindruck erweckt worden, der Regierung entgleite die Kontrolle über die Pandemie. Recherchen des spanischen Social Media-Analysten Iulián Macías Tovar zeigten, dass der Hashtag auf Twitter von automatischen Bots weiterverbreitet wurde. Laut Tovar steckten Vertreter der rechten argentinischen Stiftung Fundación Libertad dahinter, die schon bei Umsturzversuchen in anderen lateinamerikanischen Ländern mitgewirkt hat.

Die Regierung reagierte auf die Proteste mit dem rigorosen Einsatz der Polizei. In den sozialen Netzwerken kursierten Bilder und Videos von Verhaftungen, Zusammenstößen und exzessiver Polizeigewalt. Oft war allerdings nicht klar, wann und unter welchen Umständen sie gedreht wurden; andere waren offensichtlich nicht aus Kuba. Laut staatlichen Behörden gab es einen Toten; Hunderte Menschen wurden verhaftet. Im An-

schluss wurden Dutzende in Schnellverfahren zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt; in einzelnen Fällen zu mehreren Jahren.

Kubas Regierung machte die Vereinigten Staaten und ihre Blockadepolitik für die wirtschaftliche Situation und für die Anstachelung der Proteste verantwortlich. Es stimme zwar, dass Influencer Geld von der US-Regierung erhielten, sagt Carlos Alzugaray. Aber es sei schwer zu glauben, dass die US-Regierung soziale Instabilität bis hin zur Provokation unkontrollierter Gewalt fördern wolle. "Ich denke, die kubanische Regierung macht einen Fehler, wenn sie das Ausmaß ihrer eigenen Handlungen oder Versäumnisse unterschätzt, die die Unzufriedenheit hervorgerufen haben."

Es geht um eine gesellschaftliche Vision für ein zukünftiges Kuba

"Die Proteste vom 11. Juli in Kuba wurden weder von Künstlern ausgerufen noch von Intellektuellen angeführt. Es handelte sich um Demonstrationen des Volkes, Ausdruck einer extremen Situation, die von politischer Unbeweglichkeit, wirtschaftlicher Ineffizienz, der Pandemie, wachsender Ungleichheit, fehlenden Freiheiten und dem US-Embargo geprägt ist", schreibt der in Barcelona lebende kubanische Essayist Iván de la Nuez, in der spanischen Tageszeitung El País. Trotzdem spielen Kulturschaffende eine wichtige Rolle, wie García und Archipiélago zeigen. Schon beim ersten größeren öffentlichen Protest, am 27. November 2020 versammelten sich vor dem Kulturministerium in Havanna mehrere Hundert vornehmlich junge Kulturschaffende zu einem friedlichen Sit-in. Sie protestierten für Kunst- und Meinungsfreiheit, ein Ende von Zensur und gegen die Räumung des Sitzes des Kollektivs Movimiento San Isidro (MSI) im gleichnamigen Altstadtbezirk am Vorabend durch die Polizei. Dort waren seit dem 18. November mehrere Aktivist*innen um den Performance-Künstler Luís Manuel Otero Alcántara im Hungerstreik. Otero gilt als Kopf des MSI. Entstanden ist das Kollektiv vor drei Jahren, als Künstler*innen und Intellektuelle auf Kuba gegen das Dekret 349 mobilisierten, das es laut Kritiker*innen dem Staat erlaube, Kulturschaf-

fende zu drangsalieren. Mit dem Hungerstreik sollte die Freilassung des Rappers Denis Solís, Mitglied des MSI, erreicht werden, der wegen Beamtenbeleidigung zu acht Monaten Haft verurteilt worden war. Die staatliche Presse nannte die Aktion eine "von den USA unterstützte konterrevolutionäre Show". Die Gruppe soll Geld aus Florida erhalten haben. Der mehrtägige Hungerstreik fand großes Echo in den sozialen Medien auf der Insel und führte zu der Solidarisierungsaktion vor dem Kulturministerium. Daraus wurde in Anlehnung an den 27. November, den Tag des Protestes, die Bewegung 27N. Diese ist dabei nicht identisch mit eher regierungsfeindlichen Gruppen wie dem Instituto de Artivismo Hannah Arendt (Instar) oder dem Movimiento San Isidro (MSI). Sie wendet sich gegen Polizeiwillkür und Zensur und tritt für Meinungs- und künstlerische Freiheit ein.

Durch Kubas verstärkte Einbindung in die globale Wirtschaft und Kommunikation sowie die wirtsozialen schaftlichen und Veränderungen, darunter die Ausweitung des Privatsektors, treten die sozialen Unterschiede auf der Insel offener zutage. Die kubanische Gesellschaft ist heute fragmentierter und diverser; junge Leute treten für Tierrechte oder LBGTIQ*-Belange ein, verlangen Teilhabe und Räume für Dissens. Die Jungen von heute sind mit den vielzitierten Errungenschaften der Revolution aufgewachsen, vor allem aber auch mit einer kontinuierlichen wirtschaftlichen Krise. Ein Teil von ihnen traut der Regierung die Lösung der Probleme nicht mehr zu. Es geht dabei nicht um eine von den USA gestützte Konterrevolution versus Revolution, sondern um eine gesellschaftliche Vision für ein zukünftiges Kuba, in der sich auch die Jungen wiederfinden.

Oder wie der Liedermacher Silvio Rodríguez Ende Juli nach einem Treffen mit Yunior García schrieb: "Es muss mehr Brücken geben, es muss mehr Dialog geben, es muss weniger Vorurteile geben, weniger Lust am Schlagen und mehr Lust an der Lösung des Berges anstehender wirtschaftlicher und politischer Fragen; weniger Gewohnheit, denen zuzuhören, die mit denselben Worten das Gleiche sagen, Jahrzehnt für Jahrzehnt, als ob die [nachfolgenden] Generationen nicht auch mit ihren eigenen Worten und Illusionen angetreten wären."

// Andreas Knobloch



DIE AKTIVISTISCHE OPPOSITION IST GEFANGEN ZWISCHEN REPRESSIVER REGIERUNG UND DEM MACHTHUNGER TRADITIONELLER ELITEN

Es begann mit den Protestaktionen der Selbstermächtigten (autoconvocados), mehrheitlich junge erzürnte Nicaraguaner*innen, gegen das autokratisch regierende Präsidentenpaar Ortega-Murillo, die am 18. April 2018 eine landesweite Rebellion auslösten. Nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) wurden bei diesen Demonstrationen mehr als 320 Menschen getötet. Weitaus mehr Menschen, die in keiner Statistik auftauchen, wurden durch Schusswaffen verwundet.

Als Don Nicolás Palacios Ortiz am 18. April das Haus verließ, trieb ihn die Sorge um, dass sein ohnehin mageres Einkommen noch weiter geschmälert würde, denn zwei Tage zuvor hatte Präsident Ortega per Dekret eine Rentenkürzung erlassen. Der 64-jährige Rentner wusste, dass die Rentner*innen von León an diesem Morgen auf die Straße gehen würden, um gegen die Reform und für ihre Rücknahme zu protestieren. Darum begab er sich zu der Sitzblockade vor dem Instituto Nicaragüense de Seguridad Social (INSS), der nicaraguanischen Sozialversicherung. Unter die Protestierenden mischte sich eine Gruppe radikaler Sandinisten. Zwei Männer packten Don Nicolás gewaltsam, so dass er zu Boden stürzte. Der alte

Herr war nicht der Einzige, der angegriffen wurde. Ein in den sozialen Medien geteiltes und im Internetportal artículo66 veröffentlichtes Video zeigt, wie radikale Anhänger im Dienst der Regierung auch andere ältere Menschen verprügelten, Steine auf die Rentner*innen warfen und auf die Menschen, die sie unterstützten. In der Stadt Masaya wurde tags darauf ebenfalls ein Protestmarsch von Rentner*innen organisiert. Aber jetzt gingen sie nicht mehr alleine, wie in León, sondern wurden von anderen Bürger*innen begleitet. Dabei traten die ersten blau-weißen Fahnen in Erscheinung, die Nationalfarben Nicaraguas, die zum Ausdruck und Symbol der Protestbewegung wurden.

"Es ist wie ein Zustand innerer Gärung, das Ergebnis von wiederholten Rückschlägen, von Wut, Frustration und aufgestauten Erniedrigungen, die dazu führen, dass urplötzlich die Mauern der Angst verschwinden und hochentzündliche Dämpfe entstehen", beschrieb unter dem Pseudonym Juanónimo – einer der vielen, die ihr Gesicht maskierten – die zu diesem Zeitpunkt bei vielen vorherrschende Gemütslage auf der Internetplattform *Nicaraqua Investiqa*.

Die Bilder verprügelter Rentner*innen lösten Empörung im ganzen Land aus und trieben Tausende von Nicaraguaner*innen auf die Straße,



▲ Auf Stoff gebannt Auf Gerechtigkeit wird noch immer gewartet

darunter etliche Sandinist*innen, die schon an der Revolution der 1980er Jahre teilgenommen hatten. Dies veranlasste die Regierung die Reform teilweise zurückzunehmen. Aber jetzt ging es nicht mehr nur gegen die Reform des INSS, sondern um Freiheit und Demokratie in Nicaragua. Die Aktivistin Tamara Dávila, heute eine der mehr als 130 politischen Gefangenen, sagte im April 2021 rückblickend auf die Tage des 18. und 19. April 2018 in articulo66: "Die Bilder von der sandinistischen Jugend, die auf Rentner*innen, friedliche Demonstrant*innen und Journalist*innen einschlug, schürten die Flammen des April weiter". Die Juventud Sandinista (JS) hat heute Ähnlichkeit mit den Jugendbanden in anderen Ländern Mittelamerikas, wo marginalisierte Jugendliche ganze Stadtviertel durch die Ausübung brutaler Gewalt kontrollieren. In Nicaragua nahm Vizepräsidentin Murillo sie unter ihre Fittiche, integrierte sie in die JS, die Murillo nach allgemeiner Überzeugung auch befehligt.

Urplötzlich verschwinden die Mauern der Angst

Auf die Gewaltakte gegen die Rentner*innen folgten aufwühlende Bilder angegriffener Studierender, die eine breite Öffentlichkeit erzürnten.

Medien berichteten von Unruhen in Masaya, wo die Bewohner*innen des Stadtviertels Monimbó zur Unterstützung der Student*innen gegen die Polizei rebellierten und sich ihr entgegenstellten. Letztere stürmte dort den Universitätscampus, was selbst während der Somoza-Diktatur nicht vorgekommen war. Die Student*innen versuchten, ihren Campus mit Steinen und selbstgefertigten Katapulten zu verteidigen.

Im April 2018 waren fast alle Universitäten des Landes in Aufruhr. In Managua hatten sich die Student*innen in den beiden Universitäten UPO-LI und UNAN verbarrikadiert und leisteten Widerstand zur Verteidigung der universitären Unabhängigkeit. Viele Bewohner*innen der Stadtviertel rund um die Universitäten unterstützten die Student*innen und deren regierungsfeindlichen Protestaktionen.

Auch in anderen Städten war der Großteil der Bevölkerung mobilisiert, angeführt von Jugendlichen und Student*innen besetzten Städter*innen Straßen und öffentliche Orte wie die Universitäten. Die Regierung ließ mit Kriegswaffen ausgerüstete Paramilitärs auf die Menschen los und die Polizei setzte Tränengas, Gummigeschosse und Betäubungsgranaten ein, wie artículo66 berichtete. In den Stadtvierteln schüchterten die JS und paramilitärische Banden in Pickups die Bewoh-

NICARAGUA

ner*innen ein, die davon überzeugt waren, dass diese von der Regierung geschickt wurden. Diese Pickups, voll besetzt mit vermummten, bewaffneten Gestalten in Kampfanzügen, sollten zum Hass- und Angstobjekt der Bewegung werden.

Die von der Regierung organisierte Gewalt gegen die autoconvocados brach sich ungehindert Bahn. Auf Nicaragua Investiga äußerte Juanónimo fassungslos: "Wie kann man mit so einem Hass regieren? Welche geistige Verfassung kann zu dem Befehl veranlassen, die Krankenhaustore für junge Leute zu schließen, die verbluteten? Oder dazu, Ärzte nur deswegen zu entlassen, weil sie verletzte Demonstranten behandelt hatten? Und selbst als die "Säuberungsaktionen" schon abgeschlossen waren, noch weiterhin die Menschen verfolgten, bedrohten, entführten und folterten?"

Zwischen dem 23. April und dem 9. Mai 2018 fanden in Managua drei große Demonstrationen

statt. Zu diesem Zeitpunkt schlossen sich die Landwirt*innen, die seit fünf Jahren gegen Ortegas Kanalprojekt kämpften, dem Aufstand an und begannen, Straßensperren zu errichten, die Hauptverkehrsadern und die wichtigsten Landstraßen blockierten. In Dutzenden von Städten verbaute die ansässige Bevölkerung erreichbares Baumaterial zu Barrikaden. Ende Mai offenbarte die Topografie des Landes mehr als 100 Straßensperren und unzählige Barrikaden.

Am 30. Mai befahl die Regierung den Sicherheits-kräften die größte Demonstration in der Geschichte des Landes anzugreifen, wobei ein Dutzend Menschen getötet wurden. Was als friedliches Fest begann, endete in einer beispiellosen Gewaltorgie, die der Journalist Carlos Salinas Maldonado in *Confidencial* wiefolgt beschreibt: "Einer nach dem anderen fiel auf das Pflaster. Einer von ihnen vor den Augen der eigenen Mutter. Kugeln regneten auf eine blau-weiße Flut (Farben der Nationalflagge Nicaraguas, Anm. d. Red.), die

▼ In Stein gesprüht Freiheit geht nur noch ohne Ortega



stolz darauf, ihre vom Hass gekaperte Stadt zurückzuerobern, voranschritt. Einer nach dem anderen fielen die jungen Leute".

Zwischen Juni und Juli 2018 sah die Regierung die Zeit für die Niederschlagung des Aufstands gekommen. Es begann die "Operation Säuberung", deren Ziel die Überwindung der Straßensperren war. Wie eine Besatzungsmacht tauchten Polizei und Paramilitärs in jeder Gemeinde auf. Sie schossen auf alle, die sich auf der Straße bewegten. Der Angriff auf die Verteidiger*innen der Tag und Nacht besetzten Straßensperren und Barrikaden, die sich mit selbstgefertigten Katapulten, einigen Jagdwaffen und automatischen Gewehren zu verteidigen suchten, war völlig unverhältnismäßig. Begleitet wurde die Aktion von Räumfahrzeugen, um die mit Pflastersteinen, Steinblöcken oder anderem Material errichteten Hindernisse zu zerstören - die Symbole der Rebellion fielen, die zur Verteidigung von der Bevölkerung errichtet worden waren, um der Polizei und den Paramilitärs das Eindringen in die widerständigen Viertel und Gemeinden zu erschweren. Auch die Kirchen wurden nicht verschont, wo die Menschen Schutz gesucht hatten oder medizinisch versorgt wurden. Der Direktor der Amerikaabteilung von Human Rights Watch, José Miguel Vivanco, fand zu den "Säuberungen" die folgenden Worte: "In den 30 Jahren, in denen ich die Menschenrechtssituation in verschiedenen Ländern der Welt beobachte, habe ich noch nie so etwas gesehen wie das, was wir in Nicaragua erleben. Nirgendwo sonst haben wir gemeinsame Aktionen von Polizei und schwer bewaffneten Schlägern erlebt, die von Gemeinde zu Gemeinde durchs Land zogen, schossen, entführten und dann auf den Straßen feierten, als hätten sie einen Kriegsgegner besiegt."

Die "Säuberung" fand auch auf institutioneller Ebene statt: Entlassung von Staatsbediensteten, die als nicht mehr zuverlässig galten; willkürliche Entfernung von medizinischem Personal aus öffentlichen Krankenhäusern, das verletzte Menschen während der Proteste behandelt hatte. Tausende von Student*innen mussten die Universitäten verlassen, viele flohen ins Ausland, andere wurden inhaftiert und Hunderte exmatrikuliert. In den Monaten des Aufstands wurden Dutzende von Personen verhaftet und strafrechtlich verfolgt. Führende Aktivist*innen der Bäuer*innenbewegung, der sozialen Bewegungen, der

Student*innen oder des Oppositionsbündnisses Bürgerallianz wurden auf der Straße oder zu Hause meist ohne Haftbefehl festgenommen und in Gerichtsverhandlungen hinter verschlossenen Türen auf der Grundlage fabrizierter Anklagen zu Höchststrafen verurteilt.

Polizei und Schläger feierten als hätten sie einen Kriegsgegner besiegt

Ex-Gefangene berichten von in der Haft erlittener physischer Folter und die nicaraguanische Feministin Teresa Blandón bestätigte in einem Interview mit *LN* im Mai 2019 (siehe *LN* 539), dass Frauen und auch einige Männer in den Gefängnissen vergewaltigt wurden: "Diese und andere abscheuliche Erfahrungen haben Frauen in den Gefängnissen erlebt."

In dem nach der großen Protestwelle im April und Mai 2018 einsetzenden politischen Organisationsprozess der Opposition erlangten zunehmend rechte Kräfte und die traditionellen bürgerlichen Eliten die Vorherrschaft. Diese Entwicklung hat viele Illusionen der autoconvocados und der sozialen Bewegungen begraben. Dennoch fürchtet die Wirtschaftselite des Landes eine authentische soziale Bewegung mehr als das tyrannische System eines Ortega, mit dem man notfalls würde verhandeln können. Doch spätestens ab Juli 2018 waren aufgrund der Repression keine größeren öffentlichen Protestaktionen mehr möglich.

Der US-amerikanische Sozial- und Politikwissenschaftler William I. Robinson resümiert im August 2021 in der lateinamerikanischen Informationsagentur alai: "Die traditionelle Elite genießt die Unterstützung internationaler rechter Kräfte, die mit dem sandinistischen Monopol der politischen Macht nie zufrieden waren und die den Aufstand nutzen wollen, um die Macht wiederzuerlangen". Die Situation der jungen Menschen, die 2018 ihre Empörung auf die Straße trugen und die meisten Todesopfer stellen, ist heute als tragisch zu bezeichnen: Für Ortega sind sie gescheiterte Putschisten, für die bürgerliche Opposition waren sie Aushängeschilder und Spielfiguren des Wandels, die dieser den Weg geebnet haben, den sozialen Prozess in Richtung der eigenen Interessen umzulenken.

// Elisabeth Erdtmann

FREI WIE DER ALBATROS

AKTIVISTEN DER *PRIMERA LÍNEA* AUS CHILE UND KOLUMBIEN IM GESPRÄCH

Gasmasken, Schilder zum Schutz gegen Polizeigeschosse, vermummte Gesichter – die Bilder der primera linea aus der Revolte in Chile und dem landesweiten Streik in Kolumbien sind um die Welt gegangen. Die "erste Reihe": Das sind die, die andere Protestierende vor der Polizei schützen und oft auch Presse und Notfallsanitäter*innen vor den Geschossen der Sicherheitskräfte abschirmen. Aber was ist die primera linea? Wer steht da in erster Reihe? Für dieses Gespräch sind per Videoanruf zwei Aktivisten der primera linea aus Chile und Kolumbien zusammengekommen, die sich vorher nicht kannten.

Auf dem Bildschirm taucht zuerst Nahuel auf: Sein Bild zeigt ein schlicht eingerichtetes Zimmer, irgendwo in Santiago de Chile. Ein junger Typ mit dunklen Locken, Brille und Ohrringen fängt an zu erzählen:

Nahuel: Hey, ich bin Nahuel Herane, 19 Jahre alt. Ich war bei der Revolte vom 18. Oktober 2019 in der *primera línea* dabei. Am 21. Dezember des gleichen Jahres — ich war 17 — haben mich sieben Schrotkugeln der Carabineros getroffen. Sechs auf den Körper und eine ins Auge. Bis heute kann ich auf dem linken Auge nichts mehr sehen.

Inzwischen ist auch Rolando Quintero da. Sein Bild wackelt, er ist auf dem Fahrrad in Puerto Resistencia unterwegs. Die Kreuzung war einer der zentralen Orte des kolumbianischen Nationalstreiks in Cali und ist heute ein Ort der Selbstorganisation von unten. Hier ist Rolando besser als El Profe (Der Lehrer) bekannt.

Profe: Hallo, ich bin Rolando, viele nennen mich el Profesor Papas oder el Profesor P. Ich habe an der Universidad del Valle Politikwissenschaften und Konfliktlösung studiert. Hier an dieser Kreuzung, früher Puerto Rellena und heute Puerto Resistencia genannt, habe ich mich am 28. April 2021 dem Generalstreik angeschlossen.

Der Profe ist an einer großen Baustelle angekommen. Hier entstehe ein riesiges Infrastrukturprojekt, erzählt er. Auf der Mitte des Platzes ragt eine große Hand in die Höhe – das "Anti-Denkmal der primera línea", wie er es nennt.

LN: Wie kam es eigentlich dazu, dass ihr in der primera línea seid?

Nahuel: Ist es okay, wenn ich anfange, Profe?

Profe: Na klar, erzähl!

Nahuel: Also zu Beginn der Revolte war ich noch in der Oberstufe. Schon meine Familie hat eine sehr politische Geschichte: Mein Großvater war vor der Diktatur bei der Ermittlungspolizei PDI und 1973 als Personenschützer von Präsident Allende im Regierungspalast. Auch in der Diktatur waren meine Familienangehörigen in Widerstandsorganisationen wie der MIR aktiv. Mein politisches Bewusstsein hat in der Mittelstufe angefangen, also mit 14 oder 15. Ich fand die Politik der Regierungen schlecht, ging auf die Demos der Studierenden und Schüler und fand mich in einer anderen Welt wieder. Und dann kam der estallido social (so wird in Chile der Beginn der Revolte im Oktober 2019 bezeichnet, Anm. d. Red.). Erst da lernte ich die primera línea kennen. Die Tage nach dem 18. Oktober 2019 liefen immer gleich ab: Aufstehen, etwas essen und zur Plaza de la Dignidad, dem zentralen Ort der Proteste, laufen. Am späten Nachmittag kam ich nach Hause, habe gechillt und etwas gegessen, dann ging es auch schon wieder los zur Digni: zum Material suchen, andere Dinge vorbereiten. Es waren die chaotischsten Tage meines Lebens. Das ging zwei Monate, bis das mit dem Auge geschah. Von da an übernahm ich ruhigere Aufgaben.

Profe: Oft erwacht das Bewusstsein über gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Zusammenhänge ja an der Uni oder am Arbeitsplatz. In meinem Fall war das an der Universidad del Valle. Dort wurde mir die soziale Ungerechtigkeit in Kolumbien bewusst, die an vielen Orten unse-

res Subkontinents eine systematische Geschichte hat, die mit den Interessen nationaler und transnationaler Akteure zusammenhängt. Aus diesem Bewusstsein entwickelte sich in meiner Studienzeit ein Kampf - zuerst sehr persönlich. Schließlich habe ich beschlossen, dass dieser Kampf mein Platz in der Welt zum Sein, zum Denken und zum Fühlen ist. Das alles war vor dem 28. April 2021. An diesem Tag haben uns die Indigenen eine große Lektion erteilt: Dass Dinge geschehen, wenn man sie selbst in die Hand nimmt. Die Indigenen haben für das Niederreißen der Statue des sogenannten Gründers von Cali, Santiago de Cali, gesorgt. In dem Moment, als diese Statue fiel, fingen wir an, unser Anti-Denkmal, die Hand der Würde, zu errichten. Mit allem, was wir heute tun, knüpfen wir an die Kämpfe unserer indigenen Vorfahren an, die wir niemals begraben und vergessen können. Puerto Resistencia ist heute zu unserem Territorium geworden, auf dem wir diese Erfahrungen gemeinsam mit kämpferischen Menschen säen und düngen.

Wer sind die Leute links und rechts von euch, wenn ihr in der primera línea steht?

Nahuel: Die Revolte haben wir Oberstufenschüler angefangen, indem wir über die Drehkreuze der U-Bahn gesprungen sind und das ganze Land aufgeweckt haben. Aber in der *primera* gibt es alles. Oft sehen wir uns gegenseitig nur vermummt. Da weißt du nicht viel über die anderen – nur, dass die anderen Gefährten im Leben und im Kampf sind. Man riskiert sein Leben füreinander und denkt trotzdem kaum darüber nach, mit wem man dort ist. Oft sind es junge Menschen wie ich, aber es gibt auch Ältere, Arbeiter und so weiter. Von den Leuten, mit denen ich organisiert bin, kann ich sagen, dass wirklich alle mitmachen, auch Frauen, Queers, trans Personen, nicht-binäre Personen.

Profe: Das war in den Tagen von Puerto Resistencia auch so. In der *primera línea* verbündeten sich frühere Feinde, bauten gemeinsam dieses Anti-Denkmal auf und errichteten Barrikaden. Es gab eine 500 Meter lange Barrikade, die sich weder die Polizei noch andere Sicherheitsorgane zu durchbrechen trauten, weil dahinter so viele Menschen waren: 24 Stunden am Tag, 90 Tage lang. Da gab es Leute, die endlich die T-Shirts feindlicher Gruppen ablegten und beschlossen,



▲ Widerständig Das "Anti-Denkmal" in Puerto Resistencia

ihre gewalttätigen oder sogar tödlichen Auseinandersetzungen beiseite zu lassen, um Puerto Resistencia aufzubauen.

Und natürlich dürfen wir den Beitrag der Mütter und Tanten in der Küche, beim Kochen und bei der Wäsche nicht vergessen. [Zeigt auf ein kleines Haus] Dort in diesem Häuschen hatten wir unsere improvisierte Krankenstation. Da gab es



▲ Wände machen Mut "Halte durch, primera línea!"

Foto: Ute Löhning

alles von Notfallsanitätern bis hin zu ausgebildeten Ärzten, sogar Chirurgen. Besonders bemerkenswert war die Hilfe der Bauarbeiter: Statt nach 14-Stundenschichten nach Hause zu gehen, kamen sie danach zu uns und halfen beim Bauen.

Und wie versteht ihr euch mit den Protestierenden außerhalb der primera línea?

Nahuel: Das kommt sehr auf die Protestierenden an. Mich nervt es, wenn Leute auf Demos Alkohol trinken oder kiffen. Das ist nicht der richtige Ort dafür. Manchmal gab es auch nervige Diskussionen um Gewalt. Und trotzdem sorgt man sich natürlich um die Menschen hinter einem: um die Kinder, die Eltern, die alten Leute. Denn auch sie sind ja Gefährten im Kampf. Oft bilden sie die zweite Reihe und sind in den kritischen Momenten für uns da.

Profe: Also in Puerto Resistencia gibt es diese Unterscheidung gar nicht. Die *primera línea* sind wir alle, *primera línea* steht für Gemeinschaft. In der *primera línea* kommen alle zusammen, die für den Kampf um Würde und soziale Gerechtigkeit aus dem Schatten getreten sind. Da wird nicht zwischen den einen und den anderen unterschieden. Und wenn es Gewalt bei Aktionen gab, dann weil sie zur Verteidigung nötig war.

War das schon immer so?

Profe: Die Geschichte der primera línea begann dem Mythos nach vor ungefähr fünf Jahren an der Universidad Nacional de Colombia, der größten Uni des Landes. Dort haben sich ein paar junge Typen ohne militärische Ausbildung und ohne Erfahrung mit Gewalt und Konfrontation zusammengetan, um die Demos zu schützen: gegen die Waffengewalt des Staates, ganz besonders gegen die ESMAD. Die primera línea hatte Gasmasken, Schilder und Bleche dabei – und war gewillt und naiv genug, ihre Leute, die Protestierenden, zu schützen. Damals wurden sie belächelt wie der Albatros im Gedicht von Baudelaire. Heute, nach fünf Jahren, fliegt die primera línea wie ein freier Albatros. Heute werden wir mit Respekt behandelt und die Vertreter von Unternehmen verhandeln mit uns. Wir haben die Vermummung abgenommen. Deshalb sagen wir auch offen, dass wir alle primera línea sind. Stimmts?

Junge aus dem Off: Ich bin primera línea!

Profe: Der Freund hier ist gerade mal 15 Jahre alt und schon unser Menschenrechtskoordinator. Als Mensch, der das alles am eigenen Leib erlebt hat, erfüllt er alle Voraussetzungen, die es für diese Arbeit braucht. Dazu muss er heute unsere Verfassung nicht verstehen oder irgendwelche Artikel lesen – das kommt mit der Zeit. Ich verstehe das als zweite Phase unseres Widerstands: Heute

nimmt fast die ganze *primera línea* an Kursen zu Menschenrechten und politischer Mitbestimmung teil, holt ihre Abschlüsse nach.

Aber habt ihr keine Angst vor Repression?

Profe: Wir haben die Angst verloren. Denn unsere Träume von einem Leben in Würde fliegen hoch wie der Albatros, von dem ich vorhin sprach – zu hoch für die Angst. Das heißt nicht, dass es keine Repression gibt. Wir beobachten, dass Leute aus der primera línea verschwinden oder für Taten verurteilt werden, für die es gar keine Beweise gibt. Manchmal landen sie auch ohne Verurteilung im Gefängnis. Wir aus Puerto Resistencia haben angesichts der willkürlichen Hinrichtungen der Staatsgewalt die Garantie unserer Rechte gefordert - aber das hat zu nichts geführt, denn Präsident Duque ist eine Marionette des Uribismus. Und vom Uribismus kennen wir die Stimmen der 6.402 falsos positivos – unschuldige Jugendliche, die entführt, ermordet und als angebliche von der Armee getötete Guerrilla-Kämpfer dargestellt wurden. Diese Art staatlicher Gewalt gibt es nur in Kolumbien.

Ich selbst bin schon drei Mal Opfer der Staatsgewalt geworden: Meine Freundin wurde von Militärs ermordet, mein Vater von Paramilitärs, weil er Gewerkschafter war. Und im Juni wurde mein Neffe von Polizisten in den Rücken geschossen, als er mit seinem Roller bei Rot über eine Ampel fuhr. Ihm geht es langsam besser, aber eine Zeit lang war er vom Nacken abwärts gelähmt. Trotz dieser Erfahrungen steht für meine Familie fest: Wir werden weiterhin unser Gesicht zeigen und unsere Geschichten erzählen. [Zeigt auf eine Ecke des Platzes | Guckt mal, da drüben sitzt die ESMAD. Sie spielen dort rund um die Uhr auf ihren Smartphones. Der einzige Grund, warum sie hier sind, ist, dass es eine angebliche Bedrohung der öffentlichen Sicherheit gibt. Die ESMAD ist eine systematisch mörderische und kriminelle Institution, die zur Unterdrückung von Protesten geschaffen wurde. Selbst hohe Richter in diesem Land geben zu, dass sie Gewalttäter und Mörder sind. Aber trotzdem wurde bisher keiner von ihnen verurteilt. Warum? Weil sie alle die gleiche schwarze Uniform tragen und es nicht möglich sei, zu sagen, wer von ihnen genau für die grausamen oder sogar tödlichen Handlungen gegen Protestierende verantwortlich ist. Da kommt es

zu Gewaltexzessen: Die Leute verlieren ihre Augen oder Gliedmaßen.

Nahuel: Ja, so wie ich. Sie standen auch schon vor meiner Tür und wollten mich festnehmen. Das Justizsystem in Chile ist das Letzte. Und die Bullen werden immer mehr und die Demonstrierenden weniger. Sie haben auch neue Kampfmittel, riesige Wasserwerfer, gigantische LKWs, da wird die Repression immer stärker. Aber wir bleiben trotzdem auf der Straße, das sehen wir als unsere Pflicht den Menschen gegenüber an.

Was erhofft ihr euch davon für die Zukunft?

Nahuel: Ich setze absolut keine Hoffnung mehr in die politischen Parteien dieses neoliberalen Systems. Der wichtigste linke Kandidat für die kommenden Präsidentschaftswahlen ist Gabriel Boric. Das war der, der während der Revolte Piñeras Präsidentschaft gerettet hat, als er mit der Rechten paktiert hat. Und auch im Verfassungskonvent sitzen die gleichen, all das wird in Chile nichts ändern. Deshalb ist meine Hoffnung, dass die Leute wieder auf die Straße gehen und Chile wieder erwacht. Mit dieser Regierung, mit der Rechten werden wir nicht verhandeln, denn sie und ihre neuen Gesetze sind dafür verantwortlich, dass unsere Freunde im Knast sitzen. Also müssen wir wieder auf die Straße - es ist das einzige Mittel, das uns bleibt.

Profe: Das ist hier ein bisschen anders. Wir stellen sogar Kandidaten für den Jugendstadtrat auf und werden unsere Unterstützung für bestimmte Kandidaten öffentlich machen. Eigentlich sind sich alle Widerstandsorganisationen, nicht nur hier in Cali, sondern in ganz Kolumbien, darin einig, dass sie die Präsidentschaftskandidatur von Gustavo Petro und die Koalition Pacto Histórico unterstützen, also die Parteien, Bewegungen und Organisationen, die sich gegen das uribistische System stellen. Damit will ich nicht sagen, dass ganz Puerto Resistencia Petro- oder Pacto Histórico-Anhänger ist, aber dass sich die Menschen hier am ehesten mit den politischen Vorschlägen und progressiven humanistischen Ideen identifizieren können, die Gustavo Petro vorbringt. Wir wollen in dieser politischen Debatte nicht schweigen, denn es geht um unsere Zukunft.

// Interview & Übersetzung: Susanne Brust

REPRESSION OHNE GRENZEN

EIN GESPRÄCH ÜBER UNTERSCHIEDE UND PARALLELEN IN DER REPRESSION SOZIALER PROTESTE IN CHILE UND KOLUMBIEN

Seit dem Ausbruch der Massenproteste in Chile 2019 vertritt die chilenische Rechtsanwältin Mariela Santana von der Menschenrechtsorganisation CODEPU die Opfer von Polizeigewalt und politische Gefangene. Nun reiste sie als Teil einer Beobachtungsmission nach Kolumbien. Die LN sprachen mit ihr über diese Arbeit.

Eine Folge der Repression gegen die sozialen Proteste in Chile seit Oktober 2019 waren Tote und Verletzte, viele Menschen erlitten Augenverletzungen, es gibt Berichte über Folter durch Polizeikräfte. Wie haben Sie bei CODEPU diese Zeit erlebt?

Die Menschen kannten CODEPU noch aus Zeiten der Diktatur, als wir, wie auch die Vicaría de la Solidaridad, uns der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen annahmen. Nach dem Beginn der Revolte 2019 kamen sofort zahllose von Polizeiübergriffen Betroffene zu uns. Wir besuchten Festgenommene in Polizeidienststellen und Verletzte in den Krankenhäusern. Wir begannen die Informationen zu systematisieren und errichteten eine eigene - informelle - Gesundheitsstation, in der wir Verletzte betreuten und an Krankenhäuser weiterleiteten. Diese Arbeit führen wir bis heute fort. Wir haben bislang etwa 200 Strafanzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen gestellt. Und wir vertreten etwa 60 Menschen anwaltlich, die während der Proteste verhaftet wurden.

Wie verlaufen die Strafverfahren wegen Menschenrechtsverletzungen, die von Angehörigen der staatliche Sicherheitskräfte begangen wurden? Gibt es Verurteilungen?

Seit dem 19. Oktober 2019 wurden tausende Strafanzeigen gestellt. Bislang gibt es erst vier verurteilte Polizisten. Eine dieser Verurteilungen – wegen Folter an einem Demonstranten aus Lo Hermida – haben wir erreicht. Doch die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Wir stellen leider fest, dass die Staatsanwaltschaft mit zweierlei Maß misst: Bei Vorwürfen gegen Protestierende wird schnell und eingehend ermittelt, es gab zahlreiche Verurteilungen und viele Beschuldigte sitzen über lange Zeit in Untersuchungshaft.

Bei Ermittlungen gegen Angehörige der staatlichen Sicherheitskräfte ziehen sich dagegen die Verfahren in die Länge, etwa 40 Prozent der Untersuchungen wurden eingestellt. Staatliche Stellen, die diese Verfahren unterstützen sollten, wie das gerichtsmedizinische Institut SML, wurden personell nicht aufgestockt und sind überfordert. So werden beispielsweise bei Foltervorwürfen notwendige forensische Gutachten verzögert. erschwert die Beweis-Das führung, führt zu Frustration bei den Betroffenen und einem Glaubwürdigkeitsverlust des Justizsystems.

Sitzen mutmaßliche Täter*innen aus den Reihen der Polizei in Untersuchungshaft?

Einige Wenige. Beispielsweise führen wir Nebenklage im Fall eines am 23. Oktober 2019 in Buin verhafteten Demonstranten, Mario Acuña, Er wurde nach seiner Festnahme von sechs Polizisten schwer verletzt und gefoltert. Seit März dieses Jahres befinden sich nun drei Beschuldigte in Untersuchungshaft. Das ist ein großer Erfolg, denn wir beobachten, dass in vielen sehr bekannten Fällen, wie Gustavo Gatica oder Fabiola Campillay, die ihr Augenlicht verloren haben, die Beschuldigten unter Auflagen auf freiem Fuß sind. Wir hoffen, dass im Fall von Mario Acuña bei der anstehenden Haftprüfung die Untersuchungshaft der Beschuldigten aufrecht erhalten wird. Sie sind eine Gefahr für die Gesellschaft, sie haben im Verfahren nachweislich gelogen und die Ermittlungen behindert. Im Moment sind sie zumindest vom Polizeidienst suspendiert.



MARIELA SANTANA

ist Rechtsanwältin bei der chilenischen Menschenrechtsorganisation CODEPU, die vor 41 Jahren während der Pinochet-Diktatur gegründet wurde. Seit dem Ausbruch der Revolte in Chile im Oktober 2019 unterstützt CODEPU von Menschenrechtsverletzungen Betroffene mit Rechtsbeistand und psychosozialer Beratung.

Im Juli 2021 war Mariela Santana Mitglied der Delegation SOS Colombia. 41 Beobachter*innen, darunter Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Politiker*innen aus 14 Ländern, besuchten zehn Tage lang elf kolumbianische Regionen und sprachen mit Betroffenen. Im Oktober veröffentlichte SOS Colombia den Abschlussbericht der Delegation.

(Foto: privat)

Wie viele der verhafteten Demonstrant*innen sitzen derzeit in Untersuchungshaft?

Es gab bis vor einiger Zeit um die 2500 politische Gefangene. Die Anzahl ist nun zurückgegangen, gegenwärtig sitzen noch etwa 70 politische Gefangene in Untersuchungshaft. Von den Gefangenen, die CODEPU vertritt, sind im Moment noch zwei inhaftiert. Wir haben vielfach eine Aufhebung der Untersuchungshaft beantragt. Doch obwohl keinerlei Beweise gegen sie vorliegen, sitzen sie weiterhin im Gefängnis. Das sind keine Einzelfälle: Viele Beschuldigte werden trotz fehlender Beweise nicht aus der Untersuchungshaft entlassen.

Auf politischer Ebene wird derzeit über ein Amnestiegesetz für die politischen Gefangenen debattiert. Wie steht CODEPU dazu?

Wir unterstützen die Forderungen nach einer Amnestie. In einer Stellungnahme haben wir den verfassungsgebenden Konvent dazu aufgefordert, die Problematik der politischen Gefangenschaft zu behandeln. Das Parlament hat eine Abstimmung über den Gesetzesentwurf für eine Amnestie bislang immer wieder verzögert. Formell handelt es sich bei dem Gesetzesentwurf um eine Begnadigung. Es sollen jedoch sowohl bereits Verurteilte wie auch Beschuldigte einbezogen werden, es handelt sich also letztlich um eine Amnestie. Vor einigen Tagen haben Angehörige der politischen Gefangenen einen Hungerstreik

begonnen, der so lange aufrechterhalten werden soll, bis das Parlament darüber abstimmt. Ursprünglich gab es weitreichende Unterstützung im Parlament. Jetzt sieht es so aus, als würde eine Abstimmung bis nach den Wahlen hinausgezögert, das wäre kein gutes Zeichen.

Was bedeutet das für die politischen Gefangenen?

Die Gefangenen leiden körperlich und psychisch unter den schlechten Haftbedingungen, die internationalen Standards zuwiderlaufen. Es ist ein Wunder, dass es unter diesen Umständen noch zu keinen Corona-Erkrankungen unter ihnen kam. Viele der Gefängnisse in Chile werden von privaten Unternehmen verwaltet, die Mindeststandards nicht einhalten. Wir haben beim Rechnungshof eine Beschwerde eingereicht, damit der Staat regulierend eingreift und menschenwürdige Haftbedingungen garantiert.

Im vergangenen Juli waren Sie als Vertreterin von CODEPU Teil der internationalen Beobachtungsmission SOS Colombia, die während der sozialen Proteste in Kolumbien begangenen Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und darüber einen Bericht verfasst hat. Wie waren Ihre Erfahrungen in Kolumbien?

Vor SOS Colombia haben andere Beobachter*innen Kolumbien besucht: Eine Delegation der Interamerikanischen Menschenrechtskom-



▲ "Gerechtigkeit" Die Gesichter der Opfer von Menschenrechtsverletzungen an einer Hauswand in Santiago

Foto: Ute Löhning

mission (CIDH) sowie eine argentinische und eine katalanische Delegation. Sie besuchten einzelne Regionen und waren nur wenige Tage im Land. Unsere Delegation bestand aus 41 Mitgliedern aus 14 Ländern und war vom 3. bis 23. Juli in elf Regionen Kolumbiens unterwegs. Dort konnten wir an geschützten Orten etwa 180 Zeug*innen befragen.

Während der drei bis vier vorangegangenen Monate waren etwa 7.000 Menschen Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden. 8.500 wurden festgenommen, mehr als 800 Menschen sind verschwunden oder ihr Aufenthaltsort war zeitweilig nicht bekannt. Wenn dieses Ausmaß an Staatsterrorismus anhält, kann das zu hunderttausenden von Opfern führen.

Sowohl in Kolumbien als auch in Chile wurden die Proteste von staatlicher Seite als "Krieg" bezeichnet und von internen Feinden gesprochen. Welche Unterschiede und Parallelen gibt es bei der Repression gegen die sozialen Proteste in beiden Ländern?

Bei den Menschenrechtsverletzungen in Chile und Kolumbien gibt es ähnliche Verhaltensmuster der Sicherheitskräfte. Es ist beispielsweise kein Zufall, dass es in Kolumbien, Chile und auch in Ecuador zahlreiche Augenverletzungen gab. In Chile gab es in den beiden vergangen Jahren 500 Opfer von Augenverletzungen. In Kolumbien waren es in drei Monaten bereits 114 Opfer. Auch in Ecuador wurden während der sozialen Proteste mehr als 80 Menschen an den Augen verletzt.

Ich denke, es gibt eine Politik des Staatsterrorismus, die darauf abzielt, die Demonstrierenden zu bestrafen, um die Proteste einzudämmen. In Zeiten der Diktatur sollten die Proteste ganz unterbunden werden. Heute geht es darum, die Zahl der Protestierenden zu verringern, indem ihnen Schmerzen zugefügt werden, indem sie verängstigt werden. Durch jede*n verletzte*n Demonstrierende*n wird Angst geschürt und weniger Menschen beteiligen sich am Protest.

Gibt es auch strukturelle Gemeinsamkeiten? Chile und Kolumbien erhalten ihre Waffen von denselben Firmen und es sind Sicherheitskräfte aus diesen beiden Ländern, die Schulungen für Polizeikräfte in der gesamten Region durchführen. In beiden Ländern gab es bisher keine Polizeireform. In Chile agiert heute dieselbe Polizei wie zu Zeiten der Pinochet-Diktatur. Die ESMAD (Aufstandsbekämpfungseinheit der kolumbianischen Polizei, Anm. der Red.) wird auf der Grundlage eines Diskurses des "inneren Feindes" für die Aufstandsbekämpfung instruiert. Beide Organisationen werden nicht dafür ausgebildet, friedliche soziale Proteste zu begleiten. Ich denke, der Ursprung dieser Haltung liegt in der Escuela de las Americas (Schulungszentrum der USA für lateinamerikanische Polizeikräfte während der lateinamerikanischen Diktaturen. Anm. d. Red.) und dass diese Kooperation in den 1990er Jahren vertieft wurde.

Waren an den Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien und Chile extralegale Gruppen beteiligt, wie Paramilitärs oder andere bewaffnete Einheiten?

Ja, es gibt neben der Nationalpolizei und der ES-MAD eine Reihe weiterer extralegaler Gruppen, die in Koordination mit Mitgliedern der Polizei Aktivist*innen einschüchtern und bedrohen. Das gibt es auch in Chile, zum Beispiel die paramilitärische Gruppe APRA, eine faschistische Gruppe, die vor allem in Wallmapu – den Mapuche-Territorien – aktiv ist. Die Aktivitäten solcher Gruppen haben sich dem Beginn der Revolte verstärkt, sie versuchen, Selbstjustiz zu üben, bleiben meist straflos und werden von Polizeikreisen gedeckt.

In Kolumbien sind solche extralegalen Gruppen noch weiter verbreitet. Letztlich agiert die Regierung dort gegen die Bürger*innen und die Institutionen funktionieren schlechter als in Chile. Beispielsweise gibt es in Kolumbien im Bezug auf gewaltsames Verschwindenlassen ein Warn- und Suchsystem. Dieses hat jedoch während der Proteste bei mehr als 800 Fällen von Verschwundenen vollständig versagt. Auch die Staatsanwaltschaften wurden nicht aktiv. Was die Institutionen angeht, sind wir in Chile einen Schritt weiter.

Es heißt, dass sich viele neue soziale Akteur*innen an den Protesten beteiligen. Welche Menschen gehen in Chile und Kolumbien auf die Straße?

Es gibt eine Reihe von neuen sozialen Akteur*innen in diesen Protestbewegungen, die nicht alle gleichermaßen von staatlicher Gewalt betroffen sind. Zu den wichtigsten Akteur*innen zählen in beiden Ländern die Aktivist*innen der primera línea, die besonderer Gewalt und Verfolgung ausgesetzt waren und sind. Unter den Opfern von Menschenrechtsverletzungen in beiden Ländern gab es viele Schüler*innen und Studierende, auch viele politisierte Fußballfans. Die Repression richtete sich gegen queere Menschen, gegen Migrant*innen, gegen medizinische Versorgungsposten auf den Demonstrationen. Besonders stigmatisiert und kriminalisiert wurden auch unabhängige Journalist*innen, die Übergriffe doku-Ihre Berichterstattung mentierten. Menschenrechtsverletzungen war oft nützlich für Strafanzeigen und Ermittlungen. Hier in Chile gab es fünf Fotograf*innen beziehungsweise Kamaraleute, die ein Auge verloren haben.

Der Abschlussbericht von SOS Colombia enthält eine Reihe von Empfehlungen. Welche würden Sie hervorheben?

Zu den besonders dringlichen Empfehlungen gehört die Demilitarisierung der Polizei. Sie sollte nicht mehr dem Verteidigungsministerium unterstehen. Außerdem sollten reale Verhandlungen zwischen dem kolumbianischen Staat und den an den Protesten beteiligten Gruppen geführt werden. Es gab bislang etwa elf Dialogrunden, die ergebnislos beendet wurden. Ebenfalls dringlich sind ein besserer Zugang zur Justiz, eine umfassende Entschädigung der Opfer sowie Garantien, dass sich das Vorgehen nicht wiederholt. Es sollte eine Untersuchungskommission zur Straflosigkeit von Akteur*innen, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, gegründet werden. Ausländische Investor*innen sollten zur Bedingung machen, dass die staatliche Gewalt endet und die Arbeitsgesetze eingehalten werden. Und als internationale Gemeinschaft sollten wir die Menschenrechtsverletzungen sichtbar machen, um Druck auf die kolumbianische Regierung auszuüben.

// Interview & Übersetzung: Jan Stehle



ÜBER DIE ARBEIT DES RADIO PLAZA DE LA DIGNIDAD AUS CHILE

Die Plaza de la Dignidad war und ist zentraler Ort der Proteste in Chile seit Oktober 2019. Gegen den Strom der Mainstreammedien in Chile (siehe Kasten) hat sich das Radio Plaza de la Dignidad den Forderungen der Protestierenden angeschlossen und sie mit Musik und Live-Konzerten darin bestärkt. Hier berichten die Macher*innen des Radios selbst von dessen Entstehung vor zwei Jahren und ihrer Arbeit heute.

Wenn wir über das Radio Plaza de la Dignidad und seine Entwicklung als Medium von unten sprechen wollen, müssen wir bei der Bewegung breiter Teile der Gesellschaft anfangen, die sich im Oktober 2019 gegen die kapitalistische Herrschaft erhoben hat. Die vergangenen zwei Jahre über hat Chile diese Bewegung in all ihren Facetten erlebt.

Als Teil dieser Bewegung hat das Radio seine eigene Entwicklung durchlaufen. Dabei haben wir immer wieder abgewogen, was unsere gemeinsamen politischen und strategischen Ansichten sind. Die Redaktionslinie des Radios lässt sich heute als Summe der unterschiedlichen politisch-revolutionären Projekte verstehen, als Kollektiv gesellschaftlicher Kämpfer*innen, die in diesem Raum einen Kanal gefunden haben, über den sie ihre Vorstellungen einer neuen Gesellschaft ausdrücken können.

Um den Versuch einer Definition des Radios Plaza de la Dignidad zu wagen, müssen wir zunächst betonen, dass das Radio kein Kommunikationsmedium im traditionellen Sinne ist. Denn wir er-

genüber des Kapitalismus und seiner kolonialen Institutionen an und machen sie transparent. Unser Ziel ist es, revolutionäre Teile der Gesellschaft zu unterstützen. Das tun wir, indem wir den Menschen im Rahmen unserer Möglichkeiten erklären, warum wir vom Kapitalismus wegkommen und eine neue Gesellschaft aufbauen müssen. Eine Gesellschaft, die ihre Wurzeln im Kommunitarismus, in der Brüderlichkeit, der Solidarität und dem harmonischen Nebeneinander von Menschen unterschiedlicher Herkünfte hat. Eine respektvolle Gesellschaft in Verbindung mit der Natur, in der wir die Wissenssammlungen unserer indigenen Völker nutzen und das Buen Vivir ermöglichen. Wie viele Projekte der letzten Jahre hat das Radio Plaza de la Dignidad seinen Ursprung im Oktober 2019. Damals beschlossen zwei Menschen, aus dem sechsten Stock eines Hochhauses Musik in Richtung der Plaza de la Dignidad zu spielen. Die Musik sollte den Kampf auf der Straße beleben. Wir wollen eine der Stimmen für die prekärsten, radikalen und antiinstitutionellen Bereiche der Gesellschaft und Bewegung sein. Mit Debatten, Weisungen und theoretischen Vorschlägen wol-

kennen unsere Parteilichkeit und Subjektivität ge-

Zur Definition unserer Arbeit gehört auch das, was der Historiker Gabriel Salazar im September 2020 zu uns in einem Interview gesagt hat: "Ich bin

len wir gemeinsam mit Basisorganisationen und

-aktivist*innen dazu beitragen, dass die prekari-

sierten Teile dieser Gesellschaft sich selbst zum

politischen Objekt machen.



▲ Die Revolte ist überall präsent Straßenkunst im Zentrum von Santiago de Chile

dankbar für die Einladung, an diesen Debatten teilnehmen zu dürfen, die ihr vorantreibt, aufnehmt und weiterverbreitet und gegenüber der Bewegung einordnet. Für mich ist es eine Ehre, Teil einer Gruppe zu sein, die vom sechsten Stock mit Blick auf die Plaza de la Dignidad aus wusste, sich an der Bewegung zu beteiligen: Das zu nehmen, was von dort kommt und es den Menschen vor Ort zurückzugeben – all das, was dort gedacht, diskutiert und zur Bewegung beigetragen wird." Vielleicht ist das auch eine der Erfahrungen, die uns am meisten erfreut hat: Die Möglichkeit, Impulse aufzunehmen und sie in Radiosendungen, audiovisuellen Produktionen, Live-Schalten, Aufrufen, Interviews, Diskussionsrunden, Konzerten und Dokumentationen der Kämpfe auf der Straße und in den Vierteln zurückzugeben. Wir könnten auch sagen: Die Menschen versorgen uns. Und wir versuchen, sie zu unterstützen.

Im Jahr 2019 haben wir im sechsten Stock eines Bürogebäudes an der Plaza de la Dignidad zwei Lautsprecher aufgestellt. Wir wollten die Mobilisierungen gegen die Repression mit der historischen Musik der sozialen Bewegungen untermalen. Dazu spielten wir auch neue Stücke von Bands, die schon vor und während der Revolte die Anliegen der Protestierenden unterstützt hatten – wir nennen das die Kulturelle Revolte.

Schon bald stellte sich der große Erfolg dieser kleinen und spontanen Initiative ein: Die Protestierenden begannen, die Musik aus den Fenstern einzufordern. Oft riefen die Leute schon, wenn wir die Lautsprecher auch nur etwas zu spät herausstellten. Wenn dann eine weibliche Stimme die Übertragung eröffnete, war die Begeisterung groß. "Achtung, Achtung, Menschen aus Chile, wir übertragen Radio Plaza de la Dignidad!", hieß es dann. Mit diesen Worten wollten wir auch die Besetzungen von Radiostationen während der Diktatur würdigen und wiederbeleben.

Ging es anfangs nur darum, während der Demos Musik zu spielen, führte die Entwicklung der Revolte bald dazu, dass wir unsere Arbeitsweise verändert haben. Wir erstellten ein Konto, mit dem wir 24 Stunden am Tag revolutionäre Musik online auf die Handys streamen konnten. Seitdem haben sich unzählige bekannte Künstler*innen bei uns gemeldet, die mit uns zusammenarbeiten oder ihre Songs auf die Playlists für die Streams setzen wollten. Auch jetzt, nach über zwei Jahren, bekommen wir noch solche Anfragen. Deswegen produzieren wir bis heute neue Programme. Irgendwann entstand dann auch eine Facebook-Seite, die viel Zuspruch erhielt: Jetzt haben wir mehr als 92.000 Follower, viele Beiträge werden über eine Million Mal gesehen.

Je bekannter unsere Arbeit wurde, desto stärker stiegen auch die Erwartungen. Deshalb stellten Freund*innen von uns ein Team von Reporter*innen zusammen, die Live-Übertragungen von den Demos organisierten. Diese und andere Gruppen spielten eine fundamentale Rolle beim Sichtbarmachen der Kämpfe auf den Straßen. Teilweise hat ihre Arbeit sogar bewirkt, dass die Sicherheits-

kräfte den Demonstrierenden weniger aggressiv begegneten, weil sie sich beobachtet fühlten. Die Reporter*innen dieser Basismedien sind heute zusammen mit Menschenrechtsorganisationen und den Brigaden von Sanitäter*innen Elemente der Revolte, die man nicht wegdenken kann. Es vergeht kein Protesttag, an dem man sie nicht auf den Straßen sieht - sowohl um den Protestierenden Mut zu machen als auch um die Repression des neoliberalen Staates anzuprangern. Mit der steigenden Sichtbarkeit in der Revolte gab es immer mehr Menschen, die sich am Radio beteiligen wollten und wir bekamen unzählige Anfragen von Künstler*innen, die an den Freitagen von den Fenstern aus für die Proteste singen wollten. Die Umsetzung dieser Projekte bedeutete für uns vor allem eine Herausforderung in Sachen Technik und Infrastruktur, denn sonst hätte man die Künstler*innen unten auf der Straße gar nicht gehört. Wir stellten also ein Team von Tontechniker*innen zusammen und kauften neues Equipment. Unter den vielen Künstler*innen, die dort gespielt haben, sind Anita Tijoux, Santiago Rebelde, Evelyn Cornejo und La Bersuit Vergarabat. Ihre Konzerte haben auch dazu geführt, dass zahlreiche nationale und internationale Medien über uns berichteten, zum Beispiel der Rolling Stone, El Mundo aus Spanien oder die argentinische La Nación.

Was ursprünglich als einfache Idee zur Unterstützung der Proteste entstanden war, hat sich inzwischen zu einem viel größeren Projekt entwickelt. Das bedeutet, dass nicht nur mehr Arbeit und Hingabe nötig ist, sondern auch mehr Koordinationsarbeit, um die unterschiedlichen Arbeitsbereiche aufeinander abzustimmen. So entstanden weitere Initiativen. Wir erstellten audiovisuelle Produktionen wie El Vaso de Leche, ein Konzert für die Gefangenen der Revolte, eines gegen das Freihandelsabkommen TPP-11 und eines, bei dem Poesie aus der Revolte rezitiert wurde.

Die so entstandenen Programme übertragen wir wöchentlich aus unseren Räumen, die wir inzwischen in ein Studio umgewandelt haben, über Facebook. Dazu gehört das Programm Cancha Revuelta, das über verschiedene nicht-kommerzielle Fußballprojekte berichtet. Oder El Cancionero de la Revuelta, mit dem wir Live-Konzerte von Bands und Künstler*innen übertragen. Eines unserer wichtigsten Projekte im Rahmen der Kulturellen Revolte war zweifellos die Produktion der "Vinyl der Revolte". Das war nicht einfach, aber dafür gibt es jetzt eine Platte mit den wichtigsten Songs der sozialen Bewegungen dieser Zeit.

// Team von Radio Plaza de la Dignidad // Übersetzung & Bearbeitung: Susanne Brust

DIE CHILENISCHE MEDIENLANDSCHAFT UND DIE REVOLTE

Auch die großen chilenischen Medien sind Teil des neoliberalen Systems, gegen das sich die Protestierenden seit Oktober 2019 richten. Ein noch aus der Pinochet-Diktatur stammendes Subventionssystem verschafft den großen Zeitungsunternehmen El Mercurio und Copesa bis heute Marktvorteile. Auch die wichtigsten TV-Sender wie Chilevisión, Mega und Canal 13 sind privatisiert. Der Sender Canal 13 etwa gehört seit einigen Jahren zu 100 Prozent dem Milliardär Andrónico Luksic, dessen Familie mit Forst- und Kupferunternehmen sowie Bankgeschäften ihr Geld gemacht hat. Kaum besser sieht es bei den chilenischen Radiosendern aus: Der spanische Medienkonzern Prisa bestreitet ganze 60 Prozent des Marktes, freie oder Basisradios haben es immer schwieriger. Auch Reporter ohne Grenzen beobachtet diese Entwicklungen. Im jährlichen Ranking der Organisation rutschte Chile im vergangenen Jahr um drei Ränge auf Platz 54 ab. So heißt es, es fehle an Pluralismus: "In den vergangenen Jahren sind mehrere Radiostationen geschlossen worden. Communitymedien sehen sich großen Problemen gegenübergestellt – all das beschränkt die demokratische Debatte im Land besonders stark." Seit Beginn der Revolte zählen viele Demonstrierende daher auf unabhängige Journalist*innen, Communitymedien wie das Radio Plaza de la Dignidad und die sozialen Netzwerke, über die sich sowohl Demonstrationen als auch gewaltvolle Polizei- und Militäreinsätze sekundenschnell dokumentieren und international verbreiteten lassen. // Susanne Brust



Soziale Bewegungen in Lateinamerika haben digitale Technologien als Teil ihres Widerstands und als hilfreiches Werkzeug für ihre Kämpfe angenommen. Die Politikwissenschaftlerin Marcela Suárez Estrada erzählt *LN*, wie die Bewegungen digitale Räume, Geräte wie Drohnen und weitere Technologien in ihre Proteste integrieren und welche Widersprüche sich daraus ergeben.

Können Sie uns ein wenig über die digitalen Protestformen in Lateinamerika erzählen, die Sie kennen und zu denen Sie forschen?

Auf diese Frage gibt es so viele Antworten, ich glaube, ich würde nicht fertig werden, wenn ich hier alle Proteste nennen würde. Wenn wir andersherum fragen, wäre die Antwort, dass es sehr wenige Proteste gibt, die nicht zumindest für einen Teil ihrer Interventionen oder Partizipationsformen das Internet einbeziehen. Da ist immer irgendeine Person, die ein Foto oder Video aufnimmt und dieses dann viral gehen lässt. Das Internet stellt eine Kontinuität des uns bekannten sozialen Raums dar und eine politische Arena; in dem Sinne, dass Personen sagen: Ich werde mir diesen Raum aneignen, um meine Forderungen zu artikulieren, um zu demonstrieren, dass ich mit etwas nicht einverstanden bin und gleichzeitig möchte ich ein bestimmtes Thema mithilfe diverser Strategien sichtbar machen.

In meiner Forschung beobachte ich, wie feministische Kollektive derzeit gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf die Straße gehen. Zum einen ist

in aller Munde, dass der Körper immer mehr politisiert wird, da der Protest sich so sehr gegen den Zustand der Gewalt wendet. Zum anderen politisieren sich die sozialen Netzwerke, da wir uns diese Räume für unsere Ziele aneignen, um das Ende der Gewalt und konkrete Aktionen einzufordern.

Welche digitalen Räume und Kanäle sind bisher über die sozialen Medien hinaus genutzt und sich in den Protesten angeeignet worden?

Es stimmt, dass es sich beim Internet als sozialem Raum nicht nur um die sozialen Medien handelt. Wir wissen, dass es darüber hinaus alternative Netzwerke gibt, die von Communities geschaffen werden. In Lateinamerika weitet sich die Schaffung dieser Räume gerade aus. Vor allem wird eigene Infrastruktur genutzt, zum Beispiel Server, die nicht oder in ihrer Verkettung nur teilweise mit den großen Unternehmen verknüpft sind. Außerdem wird sehr darauf gesetzt, Inhalte mit alternativen Narrativen zu schaffen, Narrative von Personen, Geschichten und Standpunkte, die nicht die hegemonialen sind. Die Mehrheit dieser Räume sind Blogs, Webseiten oder Wikis, die den sozialen Bewegungen als Archive für alle ihre Aktivitäten dienen. Die Schaffung von Inhalten hat sehr innovative Züge, hier wird das Digitale mit dem Analogen verknüpft: Die Kreation von Pamphleten wie PDF-Dokumenten, die auf den Straßen und auch auf Webseiten zirkulieren. Danach ist die große Herausforderung, all diese Inhalte archivieren zu können, weil diese oft verschwinden.

MARCELA SUÁREZ ESTRADA

ist Professorin am Fachbereich Politikwissenschaft des Lateinamerika-Instituts an der Freien Universität Berlin. Seit 2018 nimmt sie am Berliner Hochschulprogramm "Digitalisierung: Gestaltung und Transformation" (DIGITAL) teil, im Rahmen des Projekts "Feminist Politics and the fight against violence in the era of digitalization".

(Foto: privat)



Können Sie uns Beispiele zu weiteren Technologien geben, die sich soziale Bewe-gungen aneignen?

Es gibt eine große Diskussion darum, was wir überhaupt als Technologie verstehen können. Es geht nicht nur um diese Geräte, sondern auch darum, die Machtverhältnisse zu hinterfragen, die bestimmen, was als Technologie kategorisiert wird und was nicht. Außerdem ist die Beziehung zwischen Mensch und Maschine sehr dynamisch. Es gibt keine Trennung zwischen der Maschine und mir.

Eine dieser weiteren Technologien sind die Drohnen. Drohnen sind sich in Lateinamerika von Aktivist*innen als gegenkulturelle Objekte ange-



eignet worden, um Technologien mit einer militärischen und patriarchalen Genealogie zu kritisieren und um das Stereotyp der Maschine als Mann oder eines männlichen Experten hinter der Maschine zu beseitigen. In Mexiko zum Beispiel brechen feministische Kollektive genau diese Idee auf und führen eine Gegen-Überwachung des Staates als Protest durch.

Das Interessante daran ist, dass sich feministische Kollektive Drohnen nicht nur als ein Objekt der Gegenkultur aneignen, sondern eine fiktionale feminine Figur schaffen: Droncita. Diese Drohne hat ihren eigenen Twitteraccount und setzt sehr polemische Kommentare zur Politik ab. Es gibt ein Video, in dem sie eine Abbildung des damaligen Präsidenten Peña Nieto mit Graffiti besprüht, wegen des Konfliktes um Ayotzinapa und die 43 verschwundenen Studierenden, in dem der Staat verantwortlich war. Droncita besprüht ihn, um auszudrücken: Alles was du fabriziert hast. ist eine Lüge. bist verantwortlich.

In Brasilien gibt es beispielsweise auch ein Kollektiv, das *Fones* konstruiert. *Fones* sind Telefone, die wie eine Drohne fliegen und dabei DIY-Technologien nutzen. Diese *Fones* wurden in Hacktivist*innen-Schulen in lokalen Gemeinschaften kreiert, um die Gewalt der Bauunternehmen während der Arbeiten für die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro offenzulegen. Diese Fotos wurden sogar in einem Prozess eingesetzt, um diese Gemeinschaften vor Raub durch Baufirmen zu schützen.

Also werden die sozialen Netzwerke und die digitalen Räume zusammen mit den Protesten auf

der Straße genutzt. Wie wirkten sich diese Verbindungen im Fall von Droncita aus?

Droncita war während verschiedener sozialer Konflikte in Mexiko aktiv, besonders im Fall der 43 verschwundengelassenen Studierenden von Ayotzinapa. Droncita wurde 2015 geboren und hat seitdem die Proteste dokumentiert, um dem Diskurs der Polizei etwas entgegenzusetzten, der betroffene Familien und Protestierende reviktimisiert. Vor allem wollte sie Beweise dafür liefern, dass alles, was die Polizei gesagt hat, um die Proteste zu kriminalisieren, eine Lüge war.

Heute werden viel mehr Drohnen in Protesten eingesetzt. So viele, dass ihr Einsatz während Protesten in Mexiko sowie in ganz Lateinamerika verboten wurde. Wo sich mehr als 50 Personen versammeln, dürfen keine Drohnen fliegen. Tatsächlich gab es während der zwei letzten feministischen Proteste schon Polizist*innen die von ganz oben den Regierungspalast in Mexiko-Stadt mit Geräten, die Waffen zu sein schienen, schützten. Danach wurde in der Zeitung bekannt, dass es sich nicht um Waffen handelte, sondern um Geräte, die das Signal der fliegenden Drohnen unterbrechen konnten. Die Regierung hat wirklich Angst. Droncita missfällt ihnen.

Was tun die sozialen Bewegungen, um digitale Räume für den Protest und auch für User*innen im Allgemeinen sicher zu machen?

Das ist eine große Herausforderung, die viel Kampf und Widerstand erfordert. Der Punkt ist, dass die Gewalt während und nach einer Demonstration anhält. Es handelt sich um einen Kreislauf der Gewalt und des Widerstandes: Die Frauen gehen wegen der Gewalt protestieren, aber trotzdem sind sie am Ende des Widerstands der Gewalt ausgesetzt. Das liegt daran, dass die Plattformen zwar bei der kollektiven Organisation helfen, aber auch zu Räumen geworden sind, in denen sich die Gewalt fortsetzt. Beispielsweise gab es im Jahr 2019 zwei Proteste in Mexiko-Stadt. Vier Polizisten hatten eine Minderjährige vergewaltigt. Nach zwei Wochen hat ein in einem Museum angestellter Polizist eine weitere Minderjährige vergewaltigt (siehe LN 543/544). Die Straflosigkeit, besonders bei geschlechtsspezifischer Gewalt in Mexiko und Lateinamerika, ist bereits bekannt. Damals wurde zunächst eine Kundgebung mit Performances vor der Generalstaatsanwaltschaft und vor der Polizeistation von Mexiko-Stadt organisiert. Das reichte nicht aus, weshalb zu einer weiteren Demonstration am 16. August 2019 aufgerufen wurde. Diese war nicht die erste feministische Demonstration, aber sie war insofern besonders, dass die Frauen ihren Frust an strategischen Orten ausließen, wie vor der Polizeistation und an Denkmälern, auf die sie feministische Slogans oder Hashtags wie #EstadoFeminicida malten. Sie brachen mit allen Stereotypen davon, wie Frauen protestieren. Als Reaktion gab es einen Shitstorm in den sozialen Medien, der forderte, dass die Frauen an in ihren Platz, also die Küche, zurück gehen sollten. Es zirkulierten Drohungen und Aufrufe zu digitaler und sexualisierter Gewalt gegen die Aktivist*innen. Außerdem erhielten Kollektive, die zur Demonstration aufgerufen hatten, Nachrichten mit Fotos von verstümmelten und enthaupteten Körpern.

Sie haben erklärt, dass der Staat Räume reguliert, wenn soziale Bewegungen neue Technologien nutzen, wie zum Beispiel beim Verbot des Einsatzes von Drohnen. Gibt es andere Technologien oder Geräte, die genutzt werden, weil Drohnen verboten wurden?

Mir fällt nicht so ein klares Beispiel ein wie die Drohnen. Ich denke, der Staat erkennt, dass er alles, was das Internet und Apps betrifft, derzeit nicht komplett kontrollieren kann. Also wurde die Cyberpolizei verstärkt. Hier wurde viel Geld investiert, um Hacker auszubilden und generell in allen Bereichen, die etwas mit der Kontrolle von Applikationen und der Überwachung von Menschenrechtsverteidiger*innen zu tun haben. Dieses Konfliktfeld wird in den kommenden Jahren immer weiter reguliert werden.

Ich glaube, dass der Kampf in den nächsten Jahren über die Regulation des Internets ausgetragen werden wird, es wird mit dem Urheber*innenrecht anfangen und der Kontrolle der Apps, die nicht kommerziell sind. Die Mobilisierung und Proteste sind dem Staat ein Dorn im Auge und er versucht jetzt den Zugang zu Daten zu erhalten, um die Rechte im Internet weiter zu beschneiden. Das wird der nächste Kampf sein, in bestimmten Bereichen wird er schon ausgetragen und er wird sich ausweiten.

// Interview: John Mark Shorack
// Übersetzung: Theresa Thuß

GEGEN DAS REPRESSIVE VERGESSEN

MUSIK VERBINDET UND ERZÄHLT DIE PROTESTBEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA VON UNTEN

Die Lieder sozialer Bewegungen und politischer Projekte aus den 60er und 70er Jahren, sei es die nueva cancion chilena, die nueva trova aus Kuba oder der nuevo cancionero aus Argentinien erlangten weit über die Grenzen der jeweiligen Länder hinaus Aufmerksamkeit. Heute sind es neue soziale Bewegungen, die nicht nur neue Lieder schaffen, sondern auch die etablierten Stücke wieder aufnehmen und neu beleben. Ein Zeichen dafür, wie viele Probleme über all die Jahrzehnte noch aktuell sind, aber auch wie die Musik Menschen und Kämpfe auf dem ganzen Kontinent zusammenbringt.

"Das Lied ist eine Waffe", sagte Víctor Jara 1971 der chilenischen Zeitung La Nación. Sein gemeinsam mit Mitgliedern der Folklore-Gruppe Inti-Illimani geschriebenes "Venceremos" (Wir werden siegen) begleitete Salvador Allende auf dem Weg zum Wahlerfolg. Als dann der Putsch die Errungenschaften Allendes Regierungszeit zunichtemachte, versuchten die Militärs mit aller Kraft, auch die Musik zu zerstören: Inti-Illimani wurden ins Exil gezwungen, Víctor Jara im Estadio Chile, welches heute seinen Namen trägt, ermordet. In der als Apagón Cultural (etwa: kulturelles Blackout) bekannten Zeit wurden nicht nur Aufnahmen konfisziert und vernichtet, sondern sogar traditionelle Musikinstrumente wie Quena (Flöte), Bombo (Trommel) und Charango (ein zwölfseitiges Saiteninstrument, der Korpus bestand ursprünglich aus dem Panzer eines Gürteltiers) verboten. Damit endete die Blütezeit der Bewegung der nueva canción chilena. Diese war ein Jahrzehnt zuvor aus Violeta Parras Bemühungen, Lieder der Folklore aus den ländlichen Gebieten nach Santiago zu bringen, entstanden. Das Einbeziehen lokaler Folklore war prägend für damalige politische Lieder – und heute sampeln Rapperinnen wie die chilenische Musikerin Ana Tijoux in Chile oder die guatemaltekische Rapperin Rebeca Lane Folklore-Elemente für ihre Tracks.

Aus den finsteren Jahren der Militärdiktaturen in vielen lateinamerikanischen Ländern schrieben Bands wie die Rockgruppe Los Prisioneros in Chile, deren "El baile de los que sobran" eine der Hymnen der Revolte von 2019 und des Paro Nacional 2021 in Kolumbien wurde, oder die Punkband Los Violadores in Argentinien über die Perspektivlosigkeit ihrer Generation und die Allgegenwärtigkeit der Repression. Charly García, einer der bekanntesten Vertreter des rock nacional in Argentinien, sang 1983 in "Los Dinosaurios" über die Möglichkeit, jederzeit verschwunden gelassen zu werden, aber auch darüber, dass die als Dinosaurier bezeichneten Militärs gestürzt werden können.

"Das Lied ist eine Waffe"

Zu Beginn der Revolte im Oktober 2019 in Chile wurde Jaras "El derecho de vivir en paz", ursprünglich in Solidarität mit Vietnam geschrieben, in einer gemeinsamen Aktion von zahlreichen bekannten Musiker*innen aus Chile ein neuer, auf die aktuelle Situation im Land angepasster Text verliehen. Im Dezember des Jahres spielten Inti-Illimani selbst vor einem riesigen Demonstrationszug auf der Plaza de la Dignidad in Santiago "El pueblo unido" von Quilapayún und Jaras Ode an das Recht, in Frieden leben zu dürfen. Auch von der Marcha más grande de Chile (die größte Demonstration Chiles) einen Monat zuvor kursieren Aufnahmen, in denen das Lied von Tausenden Demonstrierenden gemeinsam gesungen wird.

Das Protestlied als Genre im spanischsprachigen

Raum fand seinen Höhepunkt in den 60er und 70er Jahren. In einer Erklärung zum ersten Treffen des Protestlieds, welches 1967 in Varadero auf Kuba stattfand, hieß es: "Das Lied muss eine Waffe im Dienst der Völker sein, kein Konsumprodukt des Kapitalismus, um sie weiter zu spalten". Die Überzeugung, für die Arbeiterklasse zu singen, ihr selbst anzugehören, gehörte damals dazu.

Über ein halbes Jahrhundert später gibt es auf dem vom Neoliberalismus und Konservatismus gebeutelten Kontinent immer noch mehr als genug Gründe, sich gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten musikalisch aufzulehnen. Die Zahl derer, die mit der Gitarre in der Hand ihrer Wut Ausdruck verleihen, mag abnehmen, – aber es gibt sie noch, die kolumbianische Liedermacherin La Muchacha ist ein herausragendes Beispiel. Ihr "No Azara" entstand im Rahmen des Generalstreiks in Kolumbien: "Ihre Grausamkeit bringt mich nicht zum Schweigen. Wir haben die Power der Minga". Der Begriff Minga bezeichnete eigentlich einen kollektiven Arbeitseinsatz, wird aber synonym für politische Versammlungen verwendet.

Die Lieder überschreiten unzählige Generationen und Grenzen

Soziale Medien haben dabei die Art beeinflusst, wie Musik entsteht und verbreitet wird. Die in sozialen Netzwerken verbreiteten kurzen Aufnahmen von Demonstrationen sind oft von Musik unterlegt und Musiker*innen wiederum nutzen dort aufgenommene Tonsequenzen, Sprechchöre oder das charakteristische Schlagen der Kochlöffel auf den leeren Töpfen beim Cacerolazo für ihre Lieder und Aufnahmen von Demonstrationen für Musikvideos.

Im alternativen kolumbianischen Musikmagazin Shock versucht Juan Carlos Escobar Campus anhand von Daten des Musikstreamingdienstes Spotify zu untersuchen, wie sich die Hörgewohnheiten junger Menschen rund um den Beginn des Paro Nacional verändert haben. Dabei fällt ihm auf, dass etwas weniger Reggaeton gehört wird. Escobar Campus mutmaßt, dass dies an der fehlenden politischen Positionierung der bekanntesten Vertreter*innen dieser Musikrichtung liegen könnte. Stattdessen erhöhen sich die Wiedergabezahlen von Liedern von Calle 13 und lokalen Künstler*innen, wie beispielsweise des Liedes "¿Quién Los

Mató?" von dem Sänger Junior Jein und drei weiteren Schwarzen Künstler*innen, das zum Genre des Salsa Choke (Mischung aus Salsa und urbanen Klängen) gehört. Das Lied erinnert an ein Massaker an fünf Schwarzen Jugendlichen in einem Zuckerrohrfeld bei Cali. Jein wurde am 14. Juni 2021 selbst von Auftragsmördern erschossen (siehe LN 565/566). Auch die älteren politischen Lieder, wie "El pueblo unido", wurden wieder viel öfter gehört. Und natürlich sind die Proteste in Kolumbien immer musikalisch: Schon zum Generalstreik 2019 spielten 300 Musiker*innen verschiedener Konservatorien zu einem "Cacerolazo sinfónico" in Bogotá auf. Andere tourten als "Un canto por Colombia" durch das Land. Und bei vielen Demos laufen lokale Percussiongruppen mit, um die Sprechchöre schlagkräftig zu unterstützen.

Zusätzlich zu eher länderspezifischen Protestbewegungen bringen kontinentübergreifende Kämpfe, wie etwa die der feministischen Bewegungen für das Recht auf freie und kostenlose Abtreibung und gegen Feminizide, ihre Lieder hervor: Das hymnische "Canción sin Miedo" (Lied ohne Angst) der mexikanischen Sängerin Vivir Quintana oder das, wie die 2015 in Argentinien entstandene Bewegung benannte, "Ni una menos" der queeren Reggaetonera Chocolate Remix. Im bedrückenden Panorama der Unterdrückung sexueller Vielfalt und reproduktiver Rechte in Mittelamerika schafft Rebeca Lane gemeinsam mit Audry Funk aus Mexiko und Nakury aus Costa Rica mit Somos Guerreras ein ermutigendes Projekt (siehe LN 541/542). In seinem Buch El canto de la tribu bezeichnet der mexikanische Musiker Jorge Velsaco Bewegungen wie die nueva canción chilena als Möglichkeit, historische Momente von unten zu erzählen und sich gegen das von politisch Machthabenden angestrebte repressive Vergessen zu wehren. Dass das gelingt, zeigt sich darin, wie die erwähnten Lieder unzählige Generationen und Grenzen überschreiten. Ob sie nun als Protestlied gedacht waren oder nicht: Sie verbinden Kämpfe und Menschen, sind Ausdruck von Selbstermächtigung und der ermutigenden Gewissheit, dass es immer weiter geht.

// Jakob Frey-Schaaber

LYRIK AUS LATEINAMERIKA

EIN GEDICHT VON CIDINHA OLIVEIRA

ESPERANÇAR

Fiquem juntas Nenhuma de nós Nenhuma

Vai aguentar sózinha Fiquem Juntas! É preciso procurar

As outras

É preciso ser procurada

Pelas Outras Fiquem juntas, Uma Chora A outra enxuga Outra Cai Uma levanta Fiquem Juntas! Nenhuma de nós

Nenhuma vai agüentar sozinha Precisamos mais do que nunca Ter sempre uma mulher por perto.

Figuem juntas!

// Cidinha Oliveira, März 2018

HOFFNUNG GEBEN

Bleibt zusammen Keine von uns Nicht eine

Wird es allein ertragen Bleibt zusammen!

Es bleibt nichts als sie zu suchen

Die anderen

Es bleibt nichts als sich suchen zu lassen

Von den anderen Bleibt zusammen, Die eine weint

Die andere trocknet Tränen

Die eine fällt

Die andere hilft ihr auf Bleibt Zusammen! Keine von uns

Nicht eine wird es allein ertragen Wir brauchen es mehr als jemals zuvor

Immer eine Frau in unserer Nähe zu haben.

Bleibt zusammen!

// Übersetzung: Claudia Fix & Lea Hübner

Cidinha Oliveira ist Dichterin, Sozialarbeiterin, Mutter, Lesbe und feministische Antirassistin. Sie wurde vor 39 Jahren im Sertão von Sergipe geboren. Esperançar wurde online im Eigenverlag publiziert. Instagram: @cidinhapoeta

LN-DOSSIERS

Themenbroschüren, herausgegeben von den Lateinamerika Nachrichten

Nr. 18 // $_{\rm i}$ Vivas nos queremos! Perspektiven auf und gegen patriarchale Gewalt // November 2020

Nr. 17 // Vielfalt statt Einfalt Konflikte um Biodiversität in Lateinamerika // November 2018

Nr. 16 // Alles Rechtens? Konzernklagen gegen lateinamerikanische Staaten // September/Oktober 2017

Nr. 15 // Gestaute Ströme Wasserkraft in Lateinamerika: Fluch oder Segen? // Juli/August 2017

Nr. 14 // Vorwärts und nicht vergessen Eine Zeitreise durch die Lateinamerika-Solidarität // Februar 2016

Nr. 13 // Green Grabbing und Bioökonomie in Lateinamerika Land, Wald und Wasser im Visier von Klimaschutz und Profit // Dezember 2015

Nr. 12 // Kämpferisch, korrupt, kriminalisiert Gewerkschaften in Lateinamerika // September/Oktober 2015

Nr. 11 // Grenzen bewegen Migration und Grenzräume in Lateinamerika // Juli/August 2014

Nr. 10 // Abseits des Flutlichts Fußballkultur in Lateinamerika rund um die WM // Mai 2014

Nr. 9 // Im Schatten der Spiele Fußball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien // September/Oktober 2013

Nr. 8 // Erbe einer Diktatur 40 Jahre nach dem Putsch in Chile // Juli/August 2013

Nr. 7 // Medien und Macht in Lateinamerika Staatsnähe, Medienkonzentration und Gegenöffentlichkeit // März 2013

Nr. 6 // Verbohrte Entwicklung (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika // September/Oktober 2012

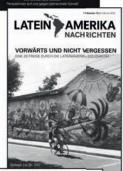
Nr. 5 // Suche nach Harmonie Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist // Juli/August 2012

Nr. 4 // Landhunger und satte Gewinne Geschäfte mit Ackerland in Lateinamerika // September 2011

Nr. 3 // Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko // Juni 2011

Nr. 2 // Wir waren unsichtbar Honduras nach dem Putsch – Perspektiven der Widerstandsbewegung // April 2011







IMPRESSUM

// Aufruhr auf den Straßen Erscheint als Dossier Nr. 19 innerhalb der LN 569/570 (Nov./Dez. 2021)

// Herausgeber und Verlag Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL e.V.) & Lateinamerika Nachrichten e.V. // Druck Hinkelsteindruck, 10997 Berlin // Redaktion Redaktionskollektiv der LN und FDCL e.V. // V.i.S.d.P. Susanne Brust, Martin Schäfer, Anika Pinz, Claudia Fix, John Mark Shorack, Jan Stehle, Katharina Treubrodt // Redaktionsschluss 31.10.2021

// MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG DER LEZ BERLIN UND GEFÖRDERT VON ENGAGEMENT GLOBAL IM AUFTRAG DES BMZ

// Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt der LEZ Berlin oder von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe





Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Tel.: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90

www.lateinamerika-nachrichten.de

redaktion@LN-Berlin.de

FDCL e.V.

Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Tel: 030 / 693 40 29 Fax: 030 / 692 65 90

www.fdcl.org info@fdcl.org